



Staatsterror in Tarsus 10 Tote - 300 Verletzte

In Tarsus hat der Staatsterror wieder einmal brutal zugeschlagen. Als die Bevölkerung wegen eines Unfalls die NATO-Straße sperren wollte, eröffneten Polizei und Gendarmerie das Feuer auf die Menge und töteten 10 unschuldige Menschen und verletzten 300.

Wie kam es zu diesem Massaker?

Die NATO-Straße, die in Tarsus mitten durch die Wohnviertel führt, ist seit eh und je wegen ihrer Gefährlichkeit bekannt. Allein in den Jahren 1978-79 wurden an dieser Stelle 25 Fußgänger von vorbeifahrenden Fahrzeugen erfaßt und getötet. Deshalb forderte die Bevölkerung seit langem den Bau einer Unterführung von der Stadtverwaltung. All diese Bemühungen stießen aber auf taube Ohren.

Als nun am Abend des 22. März 1980 ein 15 Jahre altes Mädchen von einem LKW überfahren wurde, zogen die Bewohner von Girne, Yesil und Barbaros Hayrettin Pasa Vierteln spontan zur NATO-Straße und errichteten Straßensperren, um gegen die sich häufenden Unfälle zu protestieren. Gegen 21.00 Uhr wurde die über 1.500 Köpfe zählende Menge von herbeigeholten Sicherheitskräften umstellt. Bald entwickelte sich eine heftige Diskussion zwischen der Menge und den Sicherheitskräften, bei der sofortige Maßnahmen gegen die Unfälle gefordert wurde. Als die Diskussion an Intensität zunahm, eröffneten die Polizisten und Gendarmen plötzlich das Feuer auf die Menge und ermordeten 10 Demonstranten, unter anderem 3 Kinder und einen Greis. 300 wurden verletzt, 21 davon schwer. 87 Leute wurden verhaftet und verhört. Um Unruhen zu vermeiden, wurde Ausgangssperre über Tarsus verhängt und die Feiern zum Kinderfest am 23. April abgeseigt.

Verleumdungskampagne

Gleich nach Bekanntwerden der Ereignisse erklärte der Landrat von Tarsus, daß er nicht wisse, von wem die Sicherheitskräfte den Befehl zum Schießen erhalten haben. Daraufhin wurde ihm vom Innenminister Redeverbot auferlegt.

Sich auf die ballistischen Untersuchungen "stützend", erklärte der Minister selber, daß die Ermordeten gar nicht von Polizisten und Gendarmen ermordet wurden. Und der Provinzgouverneur gab seinerseits die Erklärung ab, daß die ermordeten Kinder und Greise bei Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften umgekommen seien. Außerdem seien sie von linken Militanten angeführt worden.

Protestaktionen

Zur Verurteilung des faschistischen Massakers in Tarsus wurden an verschiedenen Orten der Türkei Protestaktionen durchgeführt. In vielen Hochschulen und Schulen wurden eintägige Boykotts beschlossen und Transparente mit Aufschriften gegen das Tarsus-Massaker angebracht. In der Nähe von Tarsus führten Arbeiter Proteststreiks durch. Fortschrittliche und demokratische Organisationen und Personen verurteilten das Vorgehen der Sicherheitskräfte.

Was bezweckt der Staatsterror?

Angesichts dieses brutalen Terrors und der Verleumdungskampagne, die gegen die Bevölkerung von Tarsus geführt wurde, muß man sich fragen, was eigentlich die Regierung damit bezweckt. Warum mußten 10 unschuldige Menschen, die gegen Verkehrsunfälle protestierten, sterben und Hunderte verletzt werden?

Dafür gibt es nur einen Grund: Das Massaker von Tarsus ist ein Kettenglied in der Terrorwelt, die die Oligarchie im Auftrag des Imperialismus gegen das Volk entfacht hat. Die Oligarchie arbeitet auf den offenen Faschismus hin. Auf diesem Wege muß sie jeglichen Widerstandsansatz, egal wie harmlos dies auch vorgetragen sein mag, im Keime ersticken. Deshalb kann sie kein Tarsus brauchen, in dem die "NATO-Straßen" gesperrt sind, denn ein Volk, das die Ausweglosigkeit der "NATO-Straßen" begriffen hat, ist unbesiegbar für den Imperialismus!

DIE VÖLKER DER TÜRKEI WERDEN DIE "STRASSEN DER NATO" SPERREN!

Gün Sazak, der ideologische Kopf der MHP, wurde erschossen

Faschisten blasen zum Sturm, das Volk leistet Widerstand

Am 27. Mai 1980 verstirbt der stellv. Vorsitzende der profaschistischen MHP, Gün Sazak, an den Folgen des auf ihn von unbekanntem Tätern vor seinem Haus eröffneten Feuers.

Gün Sazak war einer der Chefideologen in der faschistischen Bewegung der Türkei und aufgrund der zahlreichen Besuche in der BRD wird vermutet, daß er gleichzeitig der zuständige Organisator für die 'Grauen Wölfe' in Europa war.

Als Folge dieses Ereignisses ergibt sich für die politischen Kräfte in der Türkei nun unausweichlich die Notwendigkeit, innerhalb der ständigen Auseinandersetzungen, eindeutig Stellung zu beziehen. Für die MHP, die bislang mit Unterstützung des politischen Regimes ihre faschistischen Mordbanden zu immer blutrünstigeren Überfällen auf alle Demokraten aufhetzt, hat der Tod ihrer Nr.2 gezeigt, daß selbst ihre Führungsspitze nicht unsterblich ist. Das hat bei ihnen eine enorme Verwirrung und Orientierungslosigkeit ausgelöst. Gleichzeitig war zu erwarten, daß sie in Form von Racheunternehmungen ihren Terror noch um einige Grade steigern würden. Anstelle von gezielten Attentaten gingen sie nun sogar soweit, die Bevölkerung insgesamt anzugreifen, wobei sie auch nicht vor einer offenen Schlacht mit den Sicherheitskräften zurückschrecken.

Die wiederum zwingt alle diejenigen Kräfte, die glaubten, bewaffnete Auseinandersetzungen als Kämpfe zwischen Links- und Rechts-extremisten abtun zu können, sich für eine von zwei Alternativen zu entscheiden: faschistischer Terror oder demokratischer Widerstand. Gleich nach dem Anschlag rief der Innenminister alle Führungskräfte der sozialdemokratischen Volkspartei (CHP) auf, ihre Häuser nicht zu verlassen. Angesichts des blind wütenden Terrors, bei dem insbesondere sozialdemokratische Ladenbesitzer zur Zielscheibe wurden und insgesamt 16 Bürger (unter ihnen allerdings auch Rechtsextremisten) ihr Leben verloren, war es auch der Führungsspitze der CHP nicht mehr möglich, hier nur extremistische Kämpfe zu sehen.

Ecevit am 29.5.80:

"Der faschistische Terror hat sich zum Massenterror ausgeweitet. Demgegenüber verhält sich die Regierung hilflos und wird zur Stützkraft der Angriffe."

und am 4.6.80:

"In einigen Gebieten der Türkei hat der Bürgerkrieg begonnen."

Zum ersten Mal wurden auch innerhalb der Fraktion der CHP Stimmen laut, die den Widerstand des Volkes gegen die faschistischen Überfälle als legale Verteidigung anerkannten und sich gegen die bisher vorherrschende Einschätzung wandten, daß man damit dem Spiel der Faschisten auf den Leim gehen würde.

In der Organisierung dieses Widerstandes sehen die revolutionären Kräfte der Türkei seit langem die wesentliche Aufgabe des antifaschistischen Kampfes, da der Kampf gegen den Faschismus immer auch eine Frage der politischen Macht ist. Die Frage ist, ob die demokratischen Kräfte auch in der Lage sind, die Reaktionen auf diesen Mord abzuwehren.

Die Folgeereignisse nach der Ermordung eines der faschistischen Köpfe zeigen, daß der Widerstandswille im Volk durchaus in der Lage ist, die faschistischen Angriffe abzuwehren. Hier nur die wichtigsten Entwicklungen in Stichpunkten:

- In Cumra, Gölcük, Yozgat (praktisch unter Okkupation der Faschisten), Fethiye, Karabük, Ayvalık und Konya haben die Faschisten die Parteibüros der CHP, fortschrittliche Zeitungen und Organisationen überfallen. Gegen diese Angriffe haben sowohl die Anhänger der CHP als auch alle sonstigen demokratischen Kräfte in selbstorganisierter Form die Gebäude und sich selbst geschützt.

- In Kilimli wollten die Faschisten eine Demonstration durchführen, die aber von der Bevölkerung verhindert wurde. Als die Faschisten in Kadiri und Balıkesir zum Angriff auf die Bevölkerung übergingen, kam es zu nicht unerheblichen Auseinandersetzungen. Dabei wurde in Kadiri ein rechtsgerichteter Fanatiker getötet und in Balıkesir ebenfalls eine rechtsorientierte Person schwer verletzt.

SIVAS

Nachdem die Faschisten zu Protestkundgebungen aufgerufen hatten, kam es zu Zusammenstößen, so daß der Gouverneur eine Ausgangssperre verhängte. Die Schulen wurden vom 28.4.-04.6.80 geschlossen.

ÇORUM

In dieser Stadt überfielen die Faschisten Arbeitsplätze und Wohnungen von fortschrittlich und revolutionär eingestellten Bewohnern. Daraufhin wurden in vielen Stadtteilen Barrikaden zur Verteidigung errichtet. Das Parteibüro der MHP wurde zerstört. Der Gouverneur ordnete daraufhin die Schließung der Schulen, sowie eine Ausgangssperre an. Trotzdem blieb die Bevölkerung hinter den Barrikaden, da sie auf den Einsatz der Sicherheitskräfte nicht vertrauen konnte. Bei den Kämpfen wurden 2 Polizisten, die sich gegen die faschistischen Angriffe stellten, von den Faschisten erschossen.

Obwohl die Faschisten in den darauffolgenden Tagen ihre Anstrengungen verstärkten, gelang es ihnen nicht die Barrikaden zu überwinden. Es fielen bis zum 6.6.80 noch 5 Bürger den Kämpfen zum Opfer, aber diese Art von Terror reichte den faschistischen Kräften nicht. Schließlich überfielen sie Gebäude und Arbeitsplätze von Angehörigen der AP und MSP, die zusammen mit der MHP eine Nationale Front gebildet hatten. Höhepunkt ihrer Menschenverachtung war jedoch, daß sie das Trinkwasser der Stadt vergifteten. Die dadurch in der Bevölkerung entstandene Aufruhrstimmung kann durchaus eine Militäraktion, ähnlich wie in Tarsus/Izmir provozieren, das Volk wird seinen gerechten Kampf jedoch nicht aufgeben.

Nach den Auseinandersetzungen, die sich aufgrund der faschistischen Überfälle entspannten, wurde auch in Merzifon eine Nachtausgangssperre verhängt und die Schulen bis zum 5.6.80 geschlossen. Ähnlich Vorkommnisse werden aus vielen größeren und kleineren Orten der Türkei gemeldet.



16. April

In Adana haben die Arbeiter der staatlichen Wasserwerke mit einem eintägigen Streik gegen die politischen und wirtschaftlichen Repressionen protestiert.

20. April

Die Bevölkerung der Kleinstadt Aliaga hat mit einem gemeinsamen Brief an Demirel gegen die Preiserhöhungen und die Repressionen gegen die fortschrittlichen Arbeiter der staatlichen Raffinerie "Petkim" protestiert. Sie haben den Ministerpräsidenten Demirel darauf hingewiesen, daß sie es nicht zulassen, werden, daß "Petkim" wie Tarsis in Izmir faschisiert wird.

Die Arbeiter der Gerberei "Tanaltar" in Istanbul sind in einen Streik getreten, um dagegen zu protestieren, daß der Arbeitgeber ihren Betriebsrat geschlagen hat.

Die Bevölkerung der Kleinstadt Korgan hat mit einer Demonstration gegen die Preiserhöhungen und die faschistischen Repressionen protestiert.

23. April

Die Arbeiter der Baufirma "Kutlutas" in Izmir haben gegen die Massenentlassungen der Firma protestiert.

In der Kleinstadt Kumru wurde mit einer Kundgebung gegen die faschistischen Repressionen und die Preiserhöhungen protestiert.

25. - 27. April

In vielen Orten wurde mit Protestaktionen gegen den Staatsterror in Tarsus protestiert. So haben z.B. in Ankara Studenten in Hochschulen und Universitäten zum Boykott gegen den faschistischen Terror aufgerufen. In Tarsus haben Arbeiter von vielen Fabriken, Studenten der Hochschule für Fremdsprachen und die Gefangenen im Stadtgefängnis Protestaktionen gegen diesen faschistischen Terror durchgeführt.

28. April

In Ulubey, Kreis Usak, haben die Schüler des Gymnasiums Ulubey und der Realschule Inay gegen die Repressionen protestiert, denen die Lehrer ausgesetzt sind. Man hatte drei fortschrittliche Lehrer dieser Schulen versetzt.



9. Mai

In Diyarbakir haben entlassene Straßenbauarbeiter das Direktorsgebäude besetzt. Die Arbeiter der Getränkefabrik DEVSAN in Ankara haben die Arbeiter niedergelegt und sind in einen Hungerstreik getreten. Der Arbeitgeber hatte vor einer Weile 170 Arbeiter entlassen.

10. Mai

Eine große Gruppe von Müttern, die vor dem Muttertag beim Gouverneur der Stadt Ankara einen Besuch machen wollten, um ihre Beschwerden zum Ausdruck zu bringen, wurden zurückgewiesen.

Auf die Schließung der Kohlewerke in Yeni-Celtik und die Entlassung der 889 Bergbauarbeiter hin protestierte die ganze Bevölkerung der umliegenden Dörfer und Kleinstädten; die Bürgermeister unterstützten die Protestaktionen. Die Bergbauarbeiter, die in der Bergbauarbeitergewerkschaft (Maden Is) organisiert sind, befinden sich entschlossen im Widerstand.

"Wir lassen nicht zu, daß man uns unser Brot wegnimmt!"

"Wir werden die Faschisierung unserer Werke nicht zulassen!"

"Auch wenn sie die Werke schließen, werden wir sie selbst verwalten und produzieren."



13. Mai

In Izmir befinden sich 1.200 Arbeiter bei Tarsis im Streik. In den Traubenverarbeitungswerken und der Essigfabrik von Tarsis streiken 1.200 Arbeiter seit dem 10. Mai gegen die angekündigten Massenentlassungen. Sie erklärten: "1.200 Faschisten warten darauf, daß sie unsere Stellen bekommen. Man will uns entlassen, um den Betrieb faschisieren zu können. Wir werden es nicht zu lassen."

23. Mai

Das Personal vom Stadtkrankenhaus Haydarpasa in Istanbul boykottierte das Mittagessen um Ihrem Protest gegen die Versetzungen und Bedrohungen von ihren fortschrittlichen Kollegen Ausdruck zu geben.

23. Mai

Die Kohlewerke in Yeni-Celtik produzieren unter der Initiative der Bergbauarbeiter wieder. Die Arbeitgeber hatten die Schließung der Werke beschossen, da sie angeblich unrentabel seien. Die Selbstverwaltung der Arbeiter hat erklärt, daß die Werke seit einer Woche, in der sie selbstproduziert hatten, über eine Million T.L. Gewinn eingebracht haben.

Der internationale Kampftag der Arbeiterklasse 1. Mai ist auch in der Türkei ein Feiertag. Wenn man jedoch meint, daß dieser Tag nur eben, wie überall auf der Welt, als "Tag der Arbeit und der Arbeiter" zum Feiertag erklärt wurde, dann irrt man sich. Die herrschende Klasse konnte sich bisher nicht dazu durchringen, der arbeitenden Bevölkerung im Lande einen eigenen Gedenktag zuzugestehen. Das was in der Bundesrepublik durch Freizeit- und Konsumideologie schon weit verbreitet ist, wird in der Türkei mit Gewalt propagiert: Der 1. Mai ist der "Tag des Frühlings".

Daher ist in der Türkei der 1. Mai ein wesentlicher Gradmesser für das konkrete Kräfteverhältnis zwischen Klassenkampf und den Herrschenden. Nachdem die Massendemonstrationen am 1. Mai 1976 gezeigt hatten, daß in der Türkei eine immer bewußter kämpfende Arbeiterklasse existierte, sollte im nächsten Jahr die hinterrücks Erschießung von 38 Demonstranten endgültig brechen. Da dies aber nicht gelang, wird nun in den letzten Jahren der Versuch unternommen, mit Verboten Einschüchterungen und Gewaltaktionen die Arbeiter von ihrem Kampftag fernzuhalten. So auch in diesem Jahr. Selbst wenn aber einige sogenannte Arbeiterparteien und ihre Führer öffentlich die Fahnen einrollen und zu Passivität und Rückzug auffordern, sind die Massen nicht gewillt, sich ihr Recht nehmen zu lassen.

Aktionen des allgemeinen Widerstandes am 29./30. April und dem 1. Mai

- Trotz aller außergewöhnlichen Gegenmaßnahmen und Drohungen wurden am 29./30. April und am 1. Mai in der ganzen Türkei Widerstandsaktionen in großem Ausmaß verwirklicht.

- Für die Dauer des allgemeinen Widerstandes wurden in Istanbul, Adana, Izmir und an allen anderen Orten der Türkei Demonstrationen mit 10.000en von Leuten veranstaltet. Arbeiter stoppten die Produktion und die werktätige Bevölkerung organisierte in allen Stadtteilen und Dörfern Kundgebungen, Demonstrationen und "Piratenversammlungen" gegen Unterdrückung und Verbote. An den Schulen gab es Podiumsdiskussionen, Boykotte und Besetzungen, in den staatlichen Behörden wurde die massenhafte Arbeit niedergelegt und überall Plakate aufgehängt. Armeekräfte des Ausnahmezustandes und die Polizei, die diesen gerechten Widerstand brechen wollten, waren hilflos und verwirrt. Bei Zusammenstößen an verschiedenen Orten haben die Kräfte der arbeitenden Bevölkerung die faschistische Unterdrückung und den Terror mundtot gemacht und den 1. Mai gefeiert.

- Selbst als Demirel am Abend des 1. Mai im Fernsehen sagte, daß keine Mai-Veranstaltungen stattgefunden hätten, wurden auf den Straßen noch 1. Mai - Demonstrationen durchgeführt.

Die Aktionen gingen schon am 29. April an, da die revolutionäre Gewerkschaftskonföderation DISK zu landesweiten Widerstandsaktionen (Arbeitsniederlegungen) aufgerufen hatte.

Die Widerstandsaktionen im einzelnen

29. APRIL 1980

Adana - Demonstrationen in verschiedenen Stadtteilen. Beurlaubung einiger Schüler, bzw. Unterrichtsboykott.

Ankara - Boykotte und Podiumsveranstaltungen an verschiedenen Schulen und Hochschulen. In staatlichen Institutionen wurden Podiumsdiskussionen veranstaltet und der Tag mit Arbeitsniederlegung zum Tag des Widerstandes erklärt. Aus Protest gegen die bevorstehende Entlassung von 600 Mitarbeitern legten die Arbeiter des staatlichen Erzförderungsinsitutes die Arbeit nieder und besetzten den Betrieb.

In allen Slumvierteln (gecekondu = in einer Nacht erbaut) wurden in Ankara 26 Demonstrationen und Kundgebungen organisiert, an denen mehr als 10.000 Menschen teilnahmen.

Ünye - Am Gewerbeinstitut wurde der Unterricht vom 29. und 30.4. boykottiert. Am 30.4. beteiligten sich auch das Handelsgymnasium und die Realschule.

Izmir - An 5 Hauptverkehrsstraßen wurde Feuer entzündet und Plakate angebracht. In den Stadtteilen wurden parallel dazu "Piratenkundgebungen" veranstaltet. An den Schulen wurden Vorlesungen boykottiert und Podiumsdiskussionen veranstaltet.

Istanbul - Auch hier kam es in großem Ausmaß zu Vorlesungsboykott, Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen. Auf der Hauptverkehrsstraße in Fındıklı wurde der Verkehr angehalten und Straßentheater gemacht.

30. April 1980

Tarsus - Die Arbeiter von Paktas legten am Morgen die Arbeit nieder und stoppten den Verkehr für 30 Minuten. Danach fuhr sie mit Bussen zum Gerichtsgebäude und führten eine Kundgebung durch. Bis auf ein Gymnasium wurde an allen Schulen der Unterricht boykottiert.

Izmir - Die Aktionen des Vortages wurden mit Plakatkleben und Verkehrsbehinderungen fortgeführt. Außerdem wurde an mehr als 30 Schulen der Sekundarstufe I der Boykott befolgt. In den Abendstunden gelang es, eine Demonstration mit mehr als 600 Teilnehmern in der Stadtmitte zu organisieren.

Istanbul - In verschiedenen Stadtteilen kam es zu Demonstrationen. In mehr als 20 Fabriken wurde die Arbeit niedergelegt. Sogar bei den Verkehrs- und Elektrizitätswerken wurde die Arbeit niedergelegt. Erst durch Intervention der Streitkräfte wurde dann noch für eine halbe Stunde gearbeitet.

Mersin - Der Boykott an den Schulen ging weiter in der Garnfabrik von Cukurova wurde die Arbeit niedergelegt und Plakate geklebt. Obwohl sich die Gewerkschaftsführer der Glasfabrik nicht an den Kampfbeschluss von DISK hielten, verweigerten die Arbeiter eine weitere Produktion. Auch bei der Stadtverwaltung wurde die Arbeit niedergelegt.

Ankara - In vielen Gegenden der Stadt kam es zu Demonstrationen und "Piratenkundgebungen" (insgesamt mehr als 20 mit 150-500 Teilnehmern). Als es bei der Demonstration in Altendag gegen 20.00 Uhr zu Zusammenstößen mit der Polizei und Gendarmerie kam, blieb Sami Bayraktar als Opfer des staatlichen Überfalls tot auf dem Pflaster liegen.

1. Mai 1980

Fatsa - Trotz der Androhung von Demirel "niemand wird den 1. Mai feiern, die Straßen gehören uns, wir überlassen sie niemanden" zogen die Fatsaner in einer machtvollen Demonstration mit Frauen, Männern, Arbeitern, Bauern, Kindern, Jugendlichen und Greisen zum Kundgebungsplatz.

Ankara - An diesem Tag waren wie erwartet die Sicherheitsvorkehrungen besonders groß; trotzdem gab es auch an dem Tag speziell in den Abendstunden viele Demonstrationen mit bis zu 800 Teilnehmern.

Kars - Auch die Bevölkerung beteiligte sich an den allgemeinen Widerstandsaktionen, die in sämtlichen Provinzen durchgeführt wurden.

Izmir - Die beschlossenen Massendemonstrationen mit 4 Slumstadtteilen wurden erfolgreich durchgeführt. Trotz mehrerer Hinderungsversuche wurden in den Arbeitshallen von Tarsis Versammlungen abgehalten.

Mersin - An der von DISK veranstalteten Kundgebung nahmen rund 12.000 Leute teil, wobei die Anfahrt vieler fortschrittlicher Kollegen durch die Streitkräfte behindert worden war.

Darüber hinaus kam es in vielen Orten der Türkei zu Aktionen, die wir hier nicht im einzelnen aufzählen können.

Als Reaktion auf die zahllosen Widerstandsaktionen wurden nicht nur alle möglichen Demokraten, die in Verdacht standen solche Aktionen zu organisieren, praktisch in Vorbeugehaft gesetzt, darüber hinaus wurden die Vorstandsmitglieder der revolutionären Gewerkschaftskonföderation (DISK) inhaftiert und gegen andere demokratische Massenorganisationen mit Durchsuchungen und Inhaftierungen äußerst brutal vorgegangen.

Die massenhaften Aktionen zum 1. Mai haben aber nicht nur gezeigt, daß allen Versuchen zum Trotz die Arbeiterklasse in ihrem Wille, gegen die politische Herrschaft im Land, das Recht auf ihren Kampftag durchzusetzen, ungebrochen ist, zugleich war zu beobachten, daß sie in der Lage ist, Manifestationen ihrer Macht nicht nur in den Metropolen, sondern in jedem Winkel des Landes zu organisieren.

Es lebe der 1. Mai, den auch die Reaktion in der Türkei als "Tag der Arbeit, Kampftag der Arbeiter" früher oder später anerkennen muß!

„türkei information“ — informieren ist zuwenig

Dies ist jetzt die 3. Ausgabe der „türkei information“ und damit hat sich schon ein Stück unseres Vorhabens realisiert, etwas über den türkischen Alltag und Wirklichkeit zu berichten. Jedoch ist uns das noch zu wenig. Wir wünschen uns, daß aus der Information Verständnis und Betroffenheit entsteht und sich dies umsetzt in praktische Solidarität mit der Bevölkerung in der Türkei, sowie auch mit den Kollegen aus der Türkei hier in der Bundesrepublik.

Dazu reicht die Information durch die Zeitung an den Leser nicht aus. Es bedarf des Dialogs, der solidarischen Kritik, der Anregung und der praktischen Mitarbeit.

Wir stellen uns darunter vor, einerseits Kritik und Anregungen für die „türkei information“ zu bekommen, regional in Kontakt zu treten um zu diskutieren oder gemeinsam Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Veranstaltungen) zu leisten, andererseits solidarische Hilfe zu bekommen, damit wir unsere ganz konkreten Schwierigkeiten überwinden können. Diese sind z.B.: Kontaktschwierigkeiten zu Personen und Organisationen, mit denen wir unsere Arbeit erweitern und verbessern können, aber auch sehr einfache Dinge wie Übersetzungen, Ausformulierung von Übersetzungen, Zeitungsauswertung, tippen, lay out.

KONTAKTADRESSEN:

- Verein der fortschrittlichen Arbeiter aus der Türkei Kajen 22, 2000 Hamburg 11
- Arbeiter-jugendverein der Türkei Kottbuser Damm 79, 1000 Berlin 61
- Kulturzentrum der Türkei e. V. Frankfurterstr. 44, 6100 Darmstadt

Beziehungen Türkei — IWF

Wer sich über die ökonomische Lage in einer Neokolonie informieren will, der tut gut daran, sich zuerst die Beziehungen des betreffenden Landes zu internationalen Geldinstituten, vor allem aber zum internationalen Währungsfonds (IWF) vor Augen zu führen.

Entsprechend diesem Motto wollen wir im folgenden einen Monat in den Beziehungen Türkei IWF zusammenfassend darstellen.

9. April:

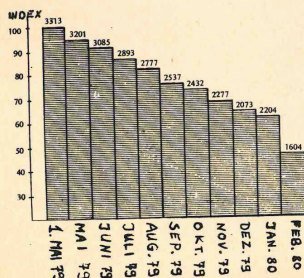
Eine 8-köpfige IWF-Delegation trifft in Ankara ein. Es gehört zu den Aufgaben dieser Delegation einen Bericht über die ökonomische Lage abzufassen und an die in Paris tagende OECD-Konferenz weiterzuleiten, damit diese die am 26. März vertagte „Türkei-Filfe“ verabschieden kann.

Die Hauptaufgabe der IWF-Delegation besteht jedoch darin, einen auf 3 Jahre befristeten „Stand by“-Vertrag mit der Türkei abzuhandeln, der ab Juni in Kraft treten und die Grundlage für die Stundung der Auslandsschulden bilden soll. Es sickert durch, daß der IWF für so einen Vertrag folgende wesentliche Forderungen stellen wird, a) Aufhebung des Streik- und Tarifrechts für 5 Jahre und Festlegung der Löhne und Gehälter durch die Regierung, b) Erhöhung der Preise für die staatlich produzierten Güter, c) Einfrierung der Preise für die landwirtschaftlichen Produkte, d) Einschränkung des Geldvolumens, e) Ständige Geldabwertung, f) „Freizügigkeit“ fürs Auslandskapital.

Abnahme in Kaufkraft des Mindestlohnes (Netto T.L.)

Die Kaufkraft des Mindestlohnes nimmt trotz wiederholter Anhebung des Mindestlohnsatzes ab. Im Mai 1979 betrug der Netto-Mindestlohn 3313 T.L. Im Februar 1980 hatte dagegen der gleiche Lohn nur noch eine Kaufkraft von 1604 T.L. bezogen auf Mai 1979.

Interessant ist dabei, festzustellen, dass das Handelsministerium den Preisindex für die letzten zwei Monate nicht veröffentlicht, aus lauter Angst davor, dass die katastrophale ökonomische Lage vollends bekannt wird. So weit ist nämlich die Panikstimmung in den Regierungskreisen fortgeschritten, dass sie die Statistiken manipulieren!



15. April:

Die OECD-Länder beschließen einen 1,162 Milliarden Dollar Kredit an die Türkei. Sie vertagen jedoch den Beschluß für die Stundung der türkischen OECD-Schulden auf eine Sitzung Mitte Mai, bis die Verhandlungen mit IWF abgeschlossen sind.

27. April:

Die IWF-Delegation verläßt die Türkei, ohne eine Einigung für einen 3-jährigen Vertrag erzielt zu haben. Die Demirel-Regierung „zögert“, die maximalen Forderungen des IWF zu erfüllen.

30. April:

Die internationalen Finanzzentren nehmen wegen „Zögern“ der Demirel-Regierung eine abwartende Haltung ein.

Die Demirel-Regierung hat sich noch nicht entschieden, ob sie einen 1-jährigen oder 3-jährigen „Stand by“-Vertrag abschließen soll.

8. Mai:

Der IWF besteht darauf, daß die Löhne, Gehälter und Preise für die landwirtschaftlichen Produkte eingefroren und die Preise für die staatlich produzierten Güter erhöht werden. Neben einer Reihe von geldpolitischen Maßnahmen soll die türkische Lira ständig abgewertet werden. Der „Finanzexperte“ der Demirel-Regierung Turgut Özal reist mit konkreten Vorschlägen für einen 1-jährigen „Stand by“-Vertrag in die USA, um die Auszahlung des OECD-Kredits nicht in Gefahr zu bringen.

10. Mai:

OECD vertagt die Verhandlungen über die Stundung der Schulden, da noch keine Einigung mit IWF erzielt wurde. Da keine Devisenreserven vorhanden sind, kann die Zentralbank nur in dringenden Fällen Auslandsüberweisungen vornehmen (Für Öl- und Düngemittelgeschäfte). Für den Monat Juni wird das Schlimmste befürchtet.

Demirel scheint mit seinem Latein zu Ende zu sein. Ökonomisch geht es nicht mehr weiter. Er muss die Lösung auf politischer Ebene suchen, d.h. die Unterdrückung und Folter weiter verschärfen und die Türkei fester an den Imperialismus binden, damit er „kreditwürdig“ bleibt.

IMPRESSUM

türkei-information
Kajen 22, 2000 Hamburg 11 tel: 366 678
V.i.S.d.P.: Sakir Akhan
Kajen 22, 2000 Hamburg 11
Druck: Hein&Co
Auflage: 10 000
Erscheinungsdatum: 11.06.80

Die Systematischen Angriffe gegen die Parteifunktionäre der CHP (Republikanische Volkspartei) nehmen zu

Das Ziel dieser Angriffe ist, die Basis der CHP, die zum größten Teil antifaschistisch gesinnt ist, einzuschüchtern.

- Der Mitte April durch einen faschistischen Überfall schwer verletzte CHP-Vorsitzende Ahmet Albay in Adana ist am 3. Mai seinen Verwundungen erlegen.

- Am 8. Mai wurde der CHP-Vorsitzende Mustafa Kulkuloglu in Kayseri von Faschisten ermordet.

- Am 12. Mai wurde der juristische Berater der CHP in Trabzon durch 14 Schüsse umgebracht.

- Am 19. Mai wurde Yusuf Bakir, Vorstandsmitglied der CHP in Tokat an seinem Arbeitsplatz von zwei Faschisten erschossen.

- Am 20. Mai wurde der Generalsekretär der CHP in Usak, Ethem Kaya, von zwei Faschisten namens Murat Sönmez und Mustafa Alta durch Maschinengewehrfeuer umgebracht. Die Faschisten wurden mit ihren Waffen festgenommen.

- In Ordu und Kirsehir wurden die Parlamentarier der CHP von Faschisten angegriffen.

DIE DEMIREL-REGIERUNG LEGITIMIERE DIE FASCHISTISCHEN ANGRIFFE GEGEN DIE PARTEIANGEHÖRIGEN DER CHP

Nach den Angriffen gegen die CHP'er haben einige CHP-Abgeordnete den Staatsminister und stellvertretenden Innenminister der Demirel-Regierung, Oghan Eren, aufgesucht, um staatliche Maßnahmen gegen den faschistischen Terror zu fordern. Sie bekamen die Antwort: „Die Ermordeten sind keine normalen CHP'er, wie Ihnen auch aufgefallen sein muß, werden die normalen CHP'er nicht umgebracht.“

Damit wurden die antifaschistischen CHP'er für die faschistischen Mörderbanden zum Abschluß freigegeben.

„DIE FÜHRUNG DER CHP SPRICHT VOM „DIALOG“ MIT DEN DRAHTZIEHERN DES FASCHISTISCHEN TERRORS ...

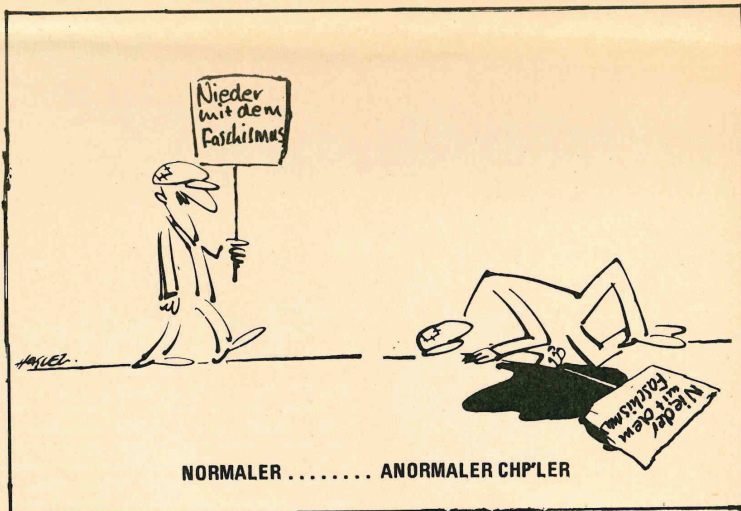
...DIE BASIS DRÄNGT ZUM ANTIFASCHISTISCHEN KAMPF

Während der faschistische Terror sich in letzter Zeit planmäßig und gezielt gegen Mitglieder der CHP richtet, steht die Parteiführung diesen Morden noch immer hilflos gegenüber. Zum Schutz ihrer Mitglieder wird nichts unternommen und Parteichef Ecevit klammert sich nach wie vor an die Formel: „Der Terror kommt von rechts und links.“ So sagte er anlässlich der Ermordung von Kulkuloglu in Kayseri zum wiederholten Male:

„Der planmäßige Terror erreicht heute noch größere Ausmaße. Wir sind gegen den Terror von rechts und links.“

Dazu bietet er nun schon zum 100sten Male einen „Dialog“ mit dem Führer der zweitstärksten Partei im Parlament, Demirel, an. Dieser aber hat ähnlich wie der Straußfreund Türke mit dem schönen Titel „basbug“ (Führer) gegenüber den großangelegten Überfällen und Massakern der Faschisten an Revolutionären und Demokraten stets nur das gleiche Lied von „der Terror tobt“ oder „der Terror eskaliert“ gesungen. Dies sagt genauso viel über den Charakter der faschistischen Anschläge aus wie Ecevits Äußerungen.

Der Parteibasis wird aber klar, daß die zahllosen Opfer des Faschismus eine solche rechtssozialdemokratische Haltung schlichtweg verbietet. Die Mitglieder der Volkspartei wollen Taten sehen. So drängten anlässlich des Begräbnisses von Kulkuloglu am 9. Mai Zehntausende zu einem energischen antifaschistischen Kampf und forderten lautstark: „Nieder mit dem Faschismus!“



Die ersten sechs Monate der Demirel Regierung

- Protestdemonstrationen gegen Preiserhöhungen und Repressionen
- Demonstrationen von Bauern und Landarbeitern
- Streiks bei Textilindustrie und THY (Turkish Airlines)

Am 25. Januar hat die Demirel-Regierung angefangen, eine Reihe von wirtschaftlichen Maßnahmen durchzuführen, die von imperialistischen Institutionen wie IWF, OECD vorgeschlagen waren. Durch diese Maßnahmen haben sich die Preise wieder mehrfach erhöht. Die Lebensbedingungen für die Bevölkerung wurden von Tag zu Tag schlechter und schwieriger. Nach der Durchführung dieser Maßnahmen wurde eine Reihe von reaktionären Gesetzesentwürfen aktuell. Die fortschrittlichen Or-

ganisationen der Werktätigen haben darauf hingewiesen, daß die Gesetze die Unterdrückung des Widerstandes vom Volk, von breiten Massen zum Ziel haben. Überall in der Türkei hat das Volk gegen die Preiserhöhungen und die faschistischen Repressionen durch Demonstrationen und Kundgebungen protestiert.

Ende Februar - mit der Eröffnung des Tabakmarktes in Westanatolien waren die Bauern und Landarbeiter erschüttert über die niedrigen Kaufpreise, die vom Staat angeboten wurden. Mit Demonstrationen und Kundgebungen haben sie ihrem Protest Ausdruck gegeben. Der Monat Februar war auch der Anfang von Streiks in verschiedenen Industriezweigen, wie Textilindustrie usw. und auch bei Turkish Airlines.

Letzte Meldung

Faschistische Aggression als Vorwand zur Hatz auf die Linke

Hamburg - Am 28.5. wird der Faschist Yusuf Kaya in der Osterstraße (im Hamburger Stadtteil Eimsbüttel) durch vier Pistolenschüsse so schwer verletzt, daß er ein paar Tage später stirbt. Noch am Tag der Schießerei setzt eine Großfahndung nach Bektaş Özkan ein, den Y. Kaya als Täter bezeichnet haben soll. In der Presse wird der Vorfall dazu benutzt, eine breit angelegte Kampagne gegen alle fortschrittlichen türkischen Arbeiter - und Studenten-Vereine zu entfachen.

Das Hamburger 'Komitee gegen türkische Faschisten', das ebenfalls Zielscheibe dieser Angriffe wurde, gab hierzu die folgende Erklärung ab:

STELLUNGNAHME DES KOMITTEES GEGEN TÜRKISCHE FASCHISTEN, Hamburg

Die Schüsse vom 28.5., denen der türkische Faschist Jusuf Kaya später erlag, haben eine Welle von Angriffen gegen die türkischen fortschrittlichen und demokratischen Vereine und Organisationen seitens Polizei und Presse ausgelöst. Da das Opfer und sein Bruder stadtbekannt Mitglieder der "Grauen Wölfe" waren, nutzte die Polizei die Gelegenheit zu einer grundlichen Durchsuchung der Räume des Vereins fortschrittlicher Arbeiter aus der Türkei, der seinen Sitz in der Straße "Kajen" hat - zugleich auch Treffpunkt des deutsch-türkischen Komitees gegen die Grauen Wölfe. Zudem wurden Mitglieder dieses Vereins von der politischen Polizei observiert und nachts in ihren Wohnungen behelligt.

Obwohl die Pressemeldungen über die Identifizierung des Schützen sehr widersprüchlich sind, erschien am nächsten Abend ein Fahndungsfoto von Bektaş Özkan bundesweit in der Tagesschau und in mehreren Tageszeitungen. Angeblich soll das Opfer diesen Namen noch selbst genannt haben.

Die jetzt von der Polizei ausgelöste Jagd auf Bektaş steht im Widerspruch zu ihrem Verhalten vor 5 Wochen:

Bektaş ist damals einem faschistischen Mordanschlag nur mit knapper Not entgangen. Mehrere auf ihn abgefeuerte Schüsse verfehlten ihn nur knapp. Unter den nach dem Überfall festgenommenen Faschisten befanden sich auch Jusuf und sein Bruder Mehmet Emin Kaya, beide bekannte Mitglieder der Hamburger Grauen Wölfe.

Von der Polizei erhielt Bektaş nach dem Überfall nicht nur keine Hilfe, sondern die festgenommenen Faschisten wurden - bis auf einen - nach kurzer Zeit wieder freigelassen. Schon damals wurde Bektaş für eine Nacht festgenommen. Seitdem war er ununterbrochen erneuten Morddrohungen und massiven Einschüchterungen ausgesetzt. So drohten die Grauen Wölfe noch auf der Polizeistation: "Wenn wir hier rauskommen, werden wir dich ermorden!"

Da die Polizei die akute Bedrohung durch die Faschisten in Kauf nahm, versuchte das Komitee, Bektaş zu unterstützen und durch Mobilisierung einer breiteren Öffentlichkeit einen Schutz zu organisieren. Viele Türken und Deutsche begriffen den Mordanschlag in der Osterstraße als Alarmsignal. Das Verhalten der Polizei machte den nächsten Zwischenfall fast unausweichlich; sie und die verantwortlichen Politiker, die dem Treiben der Faschisten tatenlos zusehen, tragen hierfür in jedem Fall einen großen Teil der Verantwortung.

Kein Wort hiervon in der derzeitigen Pressekampagne, in der sich die Springerblätter mit Hetzartikeln gegen die türkische Linke gegenseitig überbieten. Das Hamburger Abendblatt läßt sogar den Oberfaschisten Hassan Sal, Vorsitzender des Hamburger Graue-Wölfe-Zentrums "Türkischer Verein in Hamburg und Umgebung" zu Wort kommen: "Die Grauen Wölfe werden ständig für Terrorakte verantwortlich gemacht, die in Wahrheit aber von Kommunisten begangen worden seien." Die Namen der in Wahrheit Schuldigen sind Springer aber auch schon bekannt: Als Mitglieder dieser "Terrorzene" werden der Verein der fortschrittlichen Arbeiter aus der Türkei und das Komitee gegen türkische Faschisten genannt. - Polizei und Presse haben allem Anschein nach einen neuen Anlaß gefunden, ein Klima zu verbreiten, in dem mit verschärften Repressalien und Verboten gegen die türkischen Demokraten vorgegangen werden kann.

Die Schießerei in der Osterstraße war aber wohl nicht mehr als ein Vorwand, denn, als in Westberlin der linke Lehrer Celelettin Kesim von Grauen Wölfen erstochen wurde, benutzte die Polizei dies, um u.a. die linken türkischen Vereine zur Offenlegung ihrer Mitgliederlisten zu zwingen. - Auch in Hamburg ist bekannt, daß bereits vor diesem Vorfall Mitglieder linker Vereine von der Polizei observiert wurden. Die Parteinahme der Polizei geht aber noch weiter:

Nach den Schüssen vom 28.5. erschien die Polizei völlig unmotiviert und angeblich auf der Suche nach dem Schützen im Büro des Arbeitervereins, stellte - mitten in der Nacht - so ziemlich alles Vorhande auf den Kopf, um am nächsten Tag mit vorgehaltenen Pistolen noch einmal zu erscheinen. Die türkische Tageszeitung "Hürriyet" meldete am 31.5.80, daß der Polizeioffizier Neumann, der türkischen Antifaschisten nicht unbekannt ist, die Grauen Wölfe im Türk Ocagi aufgerufen hat, Bektaş zu jagen und ihn der Polizei über die Zusammenarbeit mit den Faschisten hinaus demnach bereit ist, auch noch offen zur Selbstjustiz aufzurufen!

Wir fordern die Hamburger Polizei auf, hierzu offene Stellung zu beziehen! Schluß mit den Einschüchterungsversuchen gegen türkische Demokraten und Antifaschisten! Verbot der Grauen Wölfe und aller Tarnorganisationen!

Spendenaufruf

Die Mehrheit der türkischen Bevölkerung wird fast nichts von der 'Türkei-Hilfe' der OECD-Staaten und insbesondere der Bundesrepublik erhalten. Mit den versprochenen Panzern und Waffen wird künftig in noch stärkerem Umfang die schon leidgeprüfte Bevölkerung unterdrückt werden.

Täglich verlieren Eltern ihre Kinder durch Terroranschläge, werden die Ernährer der Familien hingemordet. Sie hinterlassen Familienangehörige, die keinen Pfennig Unterstützung erhalten. Die Familien leben in unerträglicher Not.

Mit der "alternativen Türkeihilfe" soll der leidenden türkischen Bevölkerung direkt geholfen werden: Unterstützung für die notleidenden Hinterbliebenen, medizinische Hilfe für die tausenden Verletzten.

Erstunterzeichner dieses Aufrufes:

Die SPD Bundestagsabgeordneten
Manfred Coppik, Klaus Kirchner, Klaus Thüsing

Schriftsteller
Jürgen Roth, Günther Wallraff, Gerhard Zwerenz

SPENDENKONTO
Alternative Türkeihilfe
Deutsche Bank
401-2357/01
BLZ 500700 10



Für Samstag den 17.5. hatte die Türk-Föderation, die Zentrale der Grauen Wölfe in Frankfurt, zentral zu einer Demonstration "gegen den roten Terror" in Hamburg aufgerufen. Als die geplante Demonstration der Faschisten am Freitag nachmittag bekannt wurde, forderten zahlreiche deutsche und türkische antifaschistische Organisationen (darunter auch Altonaer und Eimsbüttler SPD) von der Polizei ein Verbot des Faschistenaufmarsches, dem allerdings nicht stattgegeben wurde.

Am nächsten Morgen wurde der Versammlungsort der Faschisten von mehreren hundert Antifaschisten besetzt. Da den Polizisten die Räumung des Platzes nicht gelang, riegelten sie ihn ab. So wurden die inzwischen 1.500 Antifaschisten auf dem Platz festgehalten, um den Grauen Wölfen eine andere Demonstration ins Hamburger Arbeiterviertel Altona zu ermöglichen. Drei Wochen später riefen die Grauen Wölfe erneut zu einer Demonstration in Hamburg auf. Wieder war der Versammlungsort der Faschisten rechtzeitig von Antifaschisten besetzt worden und die Polizei ermöglichte wieder eine Ausweichroute. Trotz überregionaler Mobilisierung - (Busse aus Berlin, Kiel etc.) waren es schließlich nicht mehr als 300 Faschisten, die an der Osterstraße unter dem Schutz von fast 2.000 Hamburger Polizisten ihre Kundgebung abhielten und sogar in einem U-Bahn Sonderzug abtransportiert werden mußten. Insgesamt ein Erfolg der wachsenden antifaschistischen Kraft in Hamburg.

Reutlingen

Am 3.5.1980 wurde in seinem Büro in der Reutlinger Innenstadt der 42jährige Türke Halil Tireli von einem Unbekannten erstochen. Tireli war eine Schlüsselfigur der türkischen Rechten in Reutlingen, Mitbegründer der "türkischen Gemeinschaftsorganisation", die in der "Graue Wölfe"-Dachorganisation "Föderation der Türkisch Demokratischen Idealistenvereine in Europa" organisiert ist. Obwohl es nach bisherigen Ermittlungen ein unpolitischer Mord ist, wurde von den "Grauen Wölfen" eine Kommunistenhetze angezettelt, in der auch die Arbeiterwohlfahrt, die Volkshochschule Reutlingen und der DGB beschuldigt werden, geistige Väter des Verbrechens an Tireli zu sein.

Trotz der unglaublichen Hetze wurde eine Woche nach dem Mord eine Demonstration der Faschisten in Reutlingen vom 1. Bürgermeister erlaubt. Ca. 700 Faschisten aus dem gesamten süddeutschen Raum waren zusammengekommen.

Die Demonstration konnte durch eine spontane Kundgebung von etwa 200 Antifaschisten aus Reutlingen und Umgebung verhindert werden. Die Faschisten mußten auf einem Parkplatz, dem Beginn der geplanten Demo, bleiben und konnten nicht in die Stadt ziehen und ihre Kundgebung dort halten. Die

Verhinderung der Faschistendemo ist ein großer Erfolg der Antifaschisten! Das Polizeiaufgebot war damit beschäftigt, die Faschisten auf dem Parkplatz zu halten. In ihren Flugblättern kündigten sie an, zur Selbsthilfe zu greifen, wenn "die Eskalation des Terrors von seiten türkischer kommunistischer Terroristen" von den zuständigen Behörden nicht eingedämmt werde.

Unser Antwort auf diese Herausforderung ist: GEGEN FASCHISMUS HILFT NUR DIE AKTIONSEINHEIT ALLER DEMOKRATEN



14. - 17. Juni - Rock gegen Rechts in Frankfurt

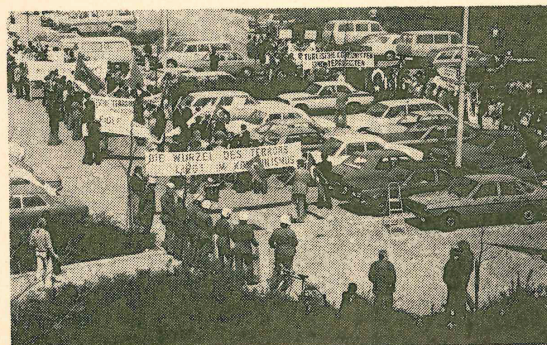
Anlässlich des geplanten "Deutschlandtreffens" der NPD am 17. Juni in Frankfurt wird dieses Jahr wieder ein Rock-gegen-Rechts-Festival stattfinden. Bereits im letzten Jahr wurde die Rock-gegen-Rechts-Veranstaltung durchgeführt, und damit das "Deutschlandtreffen" der NPD in Frankfurt verhindert.

Ein breites Spektrum ausländischer und gerade türkischer Organisationen und Einzelpersonen unterstützen dies und beteiligen sich daran.

Wir fordern dazu auf, sich dieses Jahr noch breiter daran zu beteiligen. Die rassistische Hetze der NPD gegen uns Ausländer betrifft nicht nur die Antifaschisten, sondern alle die nicht "deutscher Abstammung" sind.

Dieses Jahr hat die NPD eine Verantsaltung in Frankfurt und im Raum Eschwege (DDR-Grenze) beantragt, in der Erwartung, daß wir ihr Treffen in Frankfurt wieder verhindern werden.

Auf jeden Fall wird in Frankfurt am 14./15. Juni auf dem Rebstockgelände das antifaschistische Rockfestival und am 17. Juni eine Kundgebung auf dem Römerberg stattfinden.



Veranstaltungen:

Faschismus in der Türkei Graue Wölfe in der BRD

Interview mit Jürgen Roth

Die Veranstaltungen unter dem Motto - Faschismus in der Türkei, Graue Wölfe in der BRD wird weiter fortgesetzt. Nachdem sie in den Städten Frankfurt, Hamburg und Berlin auf breites Interesse und Unterstützung gestoßen ist, wird sie am Freitag, den 4. Juli in Nürnberg, am 5. Juli in München und am 6. Juni in Tübingen stattfinden. Gedacht ist auch an eine Tournee durch Nordrhein-Westfalen.

Der breite Unterstützerkreis (in Hamburg waren es allein 21 Organisationen) und die zahlreiche Beteiligung an den Veranstaltungen zeigt das starke Bedürfnis, mehr als nur die gesiebten Informationen der bürgerlichen Medien zu erhalten.

Entsprechend waren auch dann die Beiträge. Kamil Taylan, türkischer Journalist, ging in seinem Beitrag auf die Wirtschafts- und Militär"hilfe" der OECD-Staaten und des IWF ein und schilderte recht plastisch, welche verheerenden Auswirkungen einerseits diese Gelder, andererseits die daran geknüpften Bedingungen für die türkische Bevölkerung haben. Was hier in der Presse unter Links-gleich Rechtsextremismus eingetrichert wird, wurde in anschaulicher Weise als Terror der türkischen Faschisten und der türkischen Regierung gegen die Bevölkerung dargestellt. Doch der Widerstand in der Türkei lebt.

In welcher bestialischen Art versucht wird durch Verhaftungen, Folter, Exekutionen den Widerstand des Volkes zu brechen, wurde in dem Beitrag von Amnesty International erläutert. In welcher Breite und Härte heute die Menschenrechte in der Türkei verletzt werden, läßt sich heute mit Chile vergleichen.

Jürgen Roth ging in seinem Beitrag auf den Terror der 'Grauen Wölfe' hier in der Bundesrepublik ein. Ein wesentlicher Aspekt seiner Ausführungen war in diesem Zusammenhang die Rolle der Behörden und was wir eigentlich tun können. Die "Türkei Informationen" hatte Gelegenheit zwischen den Veranstaltungen hierüber mit Jürgen Roth ein Interview zu führen, das wir im nachfolgenden etwas gekürzt wiedergeben.

"türkei information" :

Die 'Grauen Wölfe' sind seit 10 Jahren auch in der Bundesrepublik organisiert und aktiv. Aufgrund ihrer faschistischen Propaganda und ihrem Terror gegen Andersdenkende schließen sich immer mehr gesellschaftliche und politische Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen der Forderung nach Verbot der 'Grauen Wölfe' an. Die Behörden sehen dem Treiben der Faschisten tatenlos zu und hüllen sich in Schweigen. Was steckt dahinter?

Jürgen Roth :

Die Behörden schweigen. Insbesondere schweigen sie, wenn es um die türkischen Rechtsextremisten geht, die einer terroristischen Organisation in der Türkei angehören und die für unzählige Morde und Gewaltaktionen verantwortlich ist, deren führende Parteikader in der Bundesrepublik sind. Es handelt sich hier um Rechtsradikale, die nicht nur Mundagitation machen, sondern um eine politische Terrororganisation, die Geschichte hat, eine Geschichte in der Türkei.

Von daher ist es in der Tat unverständlich, daß die deutschen Behörden nichts gegen diese Organisation unternehmen, wobei man dies nicht so pauschal sagen kann, denn sie unternehmen natürlich etwas und zwar dann, wenn nachweislich ist, daß einzelne Mitglieder der türkischen Rechtsradikalen gegen Straftatbestände verstoßen. Dabei stößt man, so sagen die Sicherheitsbehörden, auf zwei Probleme. Das eine ist, daß sie argumentieren, die Linken würden den Rechten aufgrund der politischen Auseinandersetzung alles in die Schuhe schieben das andere ist, daß die Polizei bei den Ermittlungen auf eine Mauer des Schweigens

trifft, d.h., daß auch diejenigen, die zusammengeschlagen worden sind, bedroht worden sind, nur in den seltensten Fällen zu Polizei gehen, um aufzuklären, was mit ihnen geschehen ist.

Auf der anderen Seite ist die Polizei, die ja sozusagen die Frontaufklärung macht, nicht in der Lage zu trennen zwischen dem, was sie sagt, das sind nur Familienfehden oder Auseinandersetzungen unter dem Stern der Blutrache, und den eigentlichen politischen Hintergründen für die gesamten Terroraktionen. Und dies auch selbst dann nicht, wenn Gewerkschaften oder auch andere Organisationen aufzeigen, zu welchen Aktivitäten die türkischen 'Grauen Wölfe' gegriffen haben, und das Verbot fordern. Es hat sehr lange gedauert, bisein Problembewußtsein in der Bundesrepublik vorhanden war, was die türkischen Faschisten hier für eine Gefahr darstellen, eine Gefahr eigentlich für alle diejenigen, die einerseits anderer Meinung sind und auch die, die ihre politischen Verhältnisse in der Türkei verändern wollen. Das hat sich aber durch den außerparlamentarischen Druck im wesentlichen geändert.

Es gibt verschiedene Berichte - zwar vertraulich, aber die gibts - von Verfassungsschutzbehörden, in denen sehr klar gesagt wird, daß die Grauen Wölfe eine terroristische Organisation ist, daß sie eben identisch sind mit den 'Grauen Wölfen', die in der Türkei für diese Mordaktionen verantwortlich sind, daß man aber solange nichts unternehmen kann, solange diese nicht gegen hier bestehende Gesetze verstoßen.

Man erkennt allmählich, daß die 'Grauen Wölfe' eben nicht nur harmlose Pfadfinder sind, sondern mit einer sehr geballten kriminellen Energie belastete Persönlichkeiten und man fängt jetzt erst an, Erfahrungen über den Hintergrund in der Türkei und über das, was die 'Grauen Wölfe' hier machen, zu sammeln. In Frankfurt wurde ja viel Material beschlagnahmt, das Hinweise gibt, woher die Funktionäre der Türkföderation kommen, nämlich daß gezielt MHP-Funktionäre aus der Türkei eingeflogen werden, die hier Asyl beantragen, damit sie dann in der Bundesrepublik agieren können.

Der Rauschgifthandel läuft im wesentlichen auch im Zeichen der MHP bzw. ihrer Auslandsorganisation. Das gleiche gilt für Prostitution und Waffenschmuggel. Da sind natürlich verschiedene Ansätze, wo die Polizei sozusagen als Ordnungsfaktor etwas unternehmen kann. Die andere Frage ist - die politische Entscheidung - eine terroristische Organisation zu verbieten. Wenn beispielsweise die Palästinenser hier jetzt eine Zweigorganisation hätten, die in ihrem Ursprungsland als terroristisch eingestuft wäre, dann wäre sie schon lange verboten. Das ist unzweifelhaft so. Und das macht man in der Bundesrepublik aus zweierlei Gründen nicht. Einmal weil jetzt Alparslan Türkeş de facto mit an der Regierung ist und weil man von daher sogenannte außenpolitische Rücksichtnahmen nehmen muß und auf der anderen Seite, weil man diejenigen Kräfte in der Türkei, die für die Nato sind, die gegen jegliche soziale und sozialrevolutionäre Veränderungen sind, weil man diese Organisationen unterstützt. Und diese Organisationen sind im wesentlichen die 'Grauen Wölfe', sind die türkischen Rechtsradikalen sowohl in der Türkei, als auch in der Bundesrepublik, weil sie sozusagen das militante Instrument oder der bewaffnete Arm des Kapitalismus sind, um die türkische Linke oder die sozialrevolutionäre Bewegung zu spalten und zu zerstören. Von daher hat selbst eine SPD-Regierung kein Interesse daran, etwas gegen Alparslan Türkeş und seine Kommandos zu unternehmen. Die Frage ist, inwieweit Druck von außen kommt, damit man von diesen globalpolitischen Strategien der SPD etwas ins Wanken bringen kann, d.h. selbst innerhalb der SPD bei einzelnen Abgeordneten, innerhalb der Gewerkschaften, innerhalb der Institutionen, die sich mit Ausländerfragen beschäftigen, soviel Druck ausübt, daß mindestens den führenden Parteikadern der Boden hier

heiß gemacht wird und sie hier keine Möglichkeiten mehr für ihre Gewalttagation finden.

Aber das kann man eben nicht isoliert betrachten von der Frage der Integration türkischer Arbeitnehmer hier in der Bundesrepublik, von ihrer sozialen, politischen und auch kulturellen Gleichstellung. Wenn das nicht geschieht, ist es zwar eine richtige politische Forderung, kann aber nur gekoppelt werden an den Nährboden, der eigentlich den Faschismus überall schon gebracht hat und das sind teilweise die Lebensbedingungen hier.

"türkei information" :

Die Verbotsforderung von den fortschrittlichen und demokratischen Kräften in der Bundesrepublik wurde z.B. vom Innensenator Ulrich in West-Berlin und auch von anderen Stellen geschickt aufgegriffen und umgewandelt in "Verbot extremistischer Organisationen". Diese verdrehte Forderung findet Unterstützung gerade aus den Kreisen der CDU/CSU, der türkischen Zeitung Anadolu etc. Wie ist dies einzu-schätzen?

Jürgen Roth :

Das war ja eigentlich immer in der Diskussion, wenn das Verbot der türkischen Faschisten gefordert wurde, daß bei dem Demokratieverständnis und Legalitätsprinzip der deutschen Behörden sofort kommt, dann müssen wir auch die Linken verbieten. Die deutschen Behörden, insbesondere die Sicherheitsbehörden, sind ja durch einen rigiden Antikommunismus geprägt und haben die Gefahr schon immer bei den Linken gesehen. Die rechten Kräfte - und die Geschichte der deutschen Sicherheitsbehörden haben dies eigentlich gezeigt, wurden immer mit einer sehr großen Nachlässigkeit betrachtet, weil man sich ja viel eher politisch und gesellschaftlich mit diesen Kräften identifizieren konnte als mit den Linken. Von daher war natürlich zu erwarten, daß in diesem Schaukelbild - Rechtsextremismus gleich Linksextremismus - die Behörden sagen, also dann müssen wir auch die Linken verbieten. Und zwar sagen die das ja nicht aus dem hohlen Bauch raus, sondern die haben ihre Informationen über die türkischen Linken, und diese bekommen sie im wesentlichen von den türkischen Behörden, von den türkischen Institutionen von den Konsulaten von den Angehörigen des türkischen Geheimdienstes, die ja mit unseren Verfassungsschützern sehr eng zusammenarbeiten. Von daher haben sie, was den Kampf gegen die Linken angeht, immer einen sehr großen Informationsvorsprung, während wenn man darauf drängt, schau auch mal nach den Rechten, es ja eigentlich ausschließlich auf uns darauf ankommt, daß man auf die Gefahr aufmerksam macht. Es sind eigentlich nur Scheingefechte, wenn man dem Ulrich, in seiner Dummheit so eine Forderung aufzustellen, jetzt noch viel Ehre verschafft. Das war eine Entwicklung gerade in der antikommunistischen SPD in West-Berlin, die zu erwarten gewesen ist und man daher jetzt dafür sorgen muß, daß dies wieder vom Tisch kommt und daß man mal unterscheidet, was machen die türkischen Rechtsextremisten und was machen die türkischen Linksextremisten. Das, was man den türkischen Faschisten vorwirft, daß sie Repressionen gegen Andersdenkende Landsleute ausüben, sie unter Druck setzen, erpressen, das wurde bei den Linken in keinem Fall nachgewiesen. Das den deutschen Behörden deutlich zu machen, ich weiß nicht, ob das sinnvoll ist. Ich sehe nur die Chance, daß man erstmal von dem Rechts-Linksschema wegkommt, und sich auf die politischen Inhalte, die Propaganda, die Agitation konzentriert, die Unterschiede klarstellt und dann versucht eben diejenigen, die damit arbeiten und damit zu tun haben, aufzuklären, ihnen Material in die Hand gibt und über die politischen parlamentarischen Institutionen versucht Druck auszuüben.

Wir sollten uns in die Köpfe derjenigen hineinversetzen können, wie des des Herrn Ulrich eben, der dann schließlich mit solchen Forderungen kommt. Und wenn wir wissen, warum die so argumentieren, weil sie eben dieses Links-Rechtsschema haben, wenn wir das wissen, dann können wir viel besser im außerparlamentarischen Bereich arbeiten, damit wir den türkischen Kollegen/innen möglichst breiten Schutzraum gewährleisten können.

Wenn man in den Zeitungen liest, türkische Linke und Rechte bekämpfen sich, ist es wichtig aufzuschlüsseln, was der Auslöser war. Es ist ja ein Unterschied, wenn die türkischen Faschisten ihre Flugblätter verteilen in denen sie dann schreien - Tod den Kommunisten - und die Vernichtung des Andersdenkenden propagieren oder ob eine linke Gruppe Flugblätter verteilt, beispielsweise für Kindergeld oder für bessere Wohnbedingungen, Ausbildungsbedingungen, für Bildungschancen, also im wesentlichen ganz legale demokratische Forderungen und sie dann von den Faschisten angegriffen werden. Dann ist es natürlich richtig, daß sich die türkischen Kollegen gegen diese Angriffe wehren. Insofern muß man dann danach nicht schreien, auch bei der Polizei nicht, die Linken haben die Rechten irgendwie, sondern man muß versuchen die Ursachen, die zu Konflikten geführt haben analysieren. Dann kommt man sicher zu einem anderem wie es in der Polizeisprache heißt - Lagebild, Lagebeurteilung - als wenn man nur hört, weil die Flugblätter verteilt haben, haben sie sich bekämpft. Das ist einfach ein qualitativer Unterschied. Der Widerstand auf der einen Seite gegen den türkischen Faschismus und die türkischen Faschisten in der Bundesrepublik, dann wenn diese Gewalt ausüben, wenn sie die anderen nicht ihre Meinung sagen lassen und sich dagegen wehrt, oder wenn die türkischen Faschisten, weil die türkischen Linken bestimmte Flugblätter verteilen oder zu bestimmten Veranstaltungen auferufen haben oder einfach nur eine andere Meinung haben, andere Zeitungen lesen, sie dann zusammenschlagen, erpressen und bedrohen. Das sind zwei große qualitative Unterschiede auch zwischen dem was sozusagen hier unter Rechts- und Linksextremismus subsumiert wird.

Anzeige

Stopp die 'Grauen Wölfe'

Deutsche und Ausländer gemeinsam gegen Faschismus

erweiterte Auflage

Dritte

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

erweiterte Auflage

Herausgeber:
Initiativkomitee gegen türkische
Faschisten
Postlagerkarte Nr. 007 804 B,
1000 Berlin 61
Geld bitte auf das Postscheckkonto
Berlin West, Nr. 17 65 39-103
überweisen.

Inhalt:

- Terror der 'Grauen Wölfe' in der Türkei; Struktur der Auslandsorganisationen der MHP;
- Zusammenarbeit von MHP und CDU/CSU; Zusammenarbeit von MHP und NPD; Heroinhandel; Asyl für 'Graue Wölfe'
- Chronologie des Auftretens der 'Grauen Wölfe' in Westberlin; Läden der MHP in Westberlin; Läden der Islamfantiker in Westberlin; Türkische Faschisten besuchen die BRD
- Türkische Faschisten gegen Frauen
- Widerstand gegen die 'Grauen Wölfe'
- Bücher zum Thema

- Auf dem Dorf Kaya Kreis Fatsa wurde eine Person tot aufgefunden.

- In Ankara wurde Fehmi Yayla bei einem Überfall der Faschisten schwer verletzt

- In Bursa wurde Rafet Kutlu von den Faschisten erschossen. Auf dem Weg zum Krankenhaus ist er gestorben. Die Faschisten versuchten vor 5 Jahren schon einmal ihn zu ermorden.

- Bei einem Bombenüberfall auf einem fortschrittlichen Buchladen in Trabzon kam ein Arbeiter ums Leben. Er war zufällig vor dem Laden, als die Bombe explodierte.

- Die Schüler in Artvin protestierten gegen die Ermordung von Ümit Kaftancıoğlu. Die Schulen wurden in der ganzen Stadt 2 Stunden lang boykottiert und Podiumdiskussionen durchgeführt.

- Im Adana-Gefängnis wurden die revolutionären Gefangenen von den Faschisten mit Maschinenpistolen angegriffen. Dabei wurden 2 Revolutionäre schwer verletzt.

17. APRIL:

- Die Faschisten ermordeten in Mugul einen Metallarbeiter, Hüseyin Yılmaz. Er war Mitglied der revolutionären Gewerkschaft Yeralti-Maden Is und arbeitete in Cakmakaya Kupferbergbau. Der Gewerkschaftsvorsitzende in Mugul Cetin Uygur betonte bei seiner Rede über die Ermordung von Hüseyin Yılmaz ausdrücklich, daß die feigen Angriffe der Faschisten den revolutionären Kampf der Metallarbeiter in Mugul niemals halten können.

- Der revolutionäre Arbeiter Yasar Kaygisiz wurde in Merzifon von den Faschisten erschossen. Als er ermordet wurde, befand er sich auf dem Weg nach Hause. Die Namen der Mörder von Kaygisiz konnte später festgestellt werden. Sie heißen Mükkerrem Alkan, Salih Yesilördek und İlhan Melemez.

- Bei einer bewaffneten Auseinandersetzung mit der Gendarmerie in Sverek wurde ein Medizinstudent erschossen. Er starb später im Krankenhaus.

- In Ankara wurde ein Polizist von den Faschisten erschossen, als er versuchte ihr Auto zu durchsuchen. Nachher wurde festgestellt, daß das Auto gestohlen war.

20 APRIL (18.)

- In Kars wurde gegen die Ermordung eines revolutionären Studenten protestiert, "Piraten-demos", Kundgebungen und Boykotte durchgeführt, bei denen über 200 Antifaschisten festgenommen wurden.

- Der Kandidat der sozialistischen Arbeiter-Partei (TSIP) zu den kommenden Senatswahlen, Ahmet Alpdogan in Aydin wurde in seiner Wohnung vor den Augen seiner Frau und seines kleinen Kindes ermordet.

- Der am 25. März in Samsun erschossene revolutionäre Beamte und Vorsitzende des demokratischen tiermedizinischen Vereines Kemal Hecin starb im Krankenhaus in Ankara. Die Faschisten hatten ihn vor seinem Haus erschossen.

- In Samsun wurde ein Beamter des städtischen Krankenhauses bei einem faschistischen Überfall ermordet.

26. APRIL

- Die Faschisten ermordeten 5 Mitglieder einer fortschrittlichen Familie; davon 3 kleine Kinder, als sie auf dem Feld arbeiteten. Sie wurden von den Faschisten auf den Boden gelegt und durch Genickschüsse umgebracht. Dagegen wurden in Kars verschiedene Protesaktionen durchgeführt.

- In Adana wurde Haci Ahmet Yilmaz von 2 Faschisten vor seinem Haus ermordet.

- In Ankara wurde das Haus eines Fortschrittlichen in die Luft gesprengt.

- Bei einem Überfall der Faschisten auf einem Friseur in Ankara kamen 3 Menschen ums Leben.

- Ramazan Arik wurde in Ankara von den Faschisten ermordet.

- In Izmir kam ein Schüler bei einer bewaffneten Auseinandersetzung mit der Polizei ums Leben.

- In Bursa wurde der revolutionäre Lehrer, Celal Canpolat auf dem Weg zur Schule von den Faschisten ermordet.

Kurzmeldungen

27 APRIL

- Bei einem Überfall der Faschisten wurden Al-aaddin Ulusoy, Mehmet Aktas, Fahrettin Yücesen und Satilmis Yalcin ermordet und 2 Personen schwer verletzt.

- Nuri Yapici wurde in Hatay/Üçyol ermordet.

- In Antalya wurde der Schüler Nuri Öz vor dem Schulgebäude tot aufgefunden.

- Bei einem Überfall der Faschisten auf seiner Wohnung wurde ein Lehrer in Konya ermordet, seine 2 Kinder schwer verletzt.

- In Istanbul kamen 2 Personen bei einer bewaffneten Auseinandersetzung mit der Gendarmerie ums Leben.

- Dogan Kolcak wurde in Istanbul von der Gendarmerie erschossen. Er starb im Krankenhaus.

- In Istanbul wurde ein fortschrittlicher Wachmann während des Schlafes in seiner Wohnung ermordet. Ahmet Tiriyaki war Mitglied der Föderation der Wachleute-Vereine.

28 APRIL

- In Ankara wurden bei den faschistischen Überfällen 2 Fortschrittliche ermordet. Naci Nadir Erginkaya wurde in seiner Wohnung und Riza Kaya in einem Kaffeehaus von den Faschisten erschossen.

- In Kayseri wurde der revolutionäre Lehrer, Celal Karpuz bei einem Überfall der Faschisten auf der Schule, ermordet.

29. APRIL

In Kars, Malatya und Cankiri wurden 3 Lehrer von den Faschisten ermordet. Sie waren alle TÖB-DER-Mitglieder.

-In Konya wurde eine Person tot aufgefunden.

- In Istanbul wurde ein Wachmann in der Nähe von Galata-Hotel von 3 Personen ermordet.

30 APRIL

- In Ankara wurde ein irakischer Student ermordet. Suat El Sari wurde in seiner Wohnung erschossen.

- In Kars wurde der Lehrer, Nevzat Akinol von einer unbekannt Gruppe vor seinem Haus erschossen. Er starb auf der Stelle.

- In Elazig wurde ein Lehrer von den Faschisten mit Eisenstangen geprügelt. Er liegt schwerverletzt im städtischen Krankenhaus.

- In Araban wurde Sait Delioğlu von den unbekannt Personen in einem Kaffeehaus ermordet.

- In Diyarbakir wurden Talip Kaya und sein 5-jähriger Sohn von den Faschisten auf der Straße erschossen. Dabei kam der Unbeteiligte, Sükrü Balkir, ums Leben, der sich zufällig dort befand.

-Bei einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen einer Gruppe und der Gendarmerie kamen 2 Personen ums Leben und ein Soldat wurde schwer verletzt.

1. Mai

- In Demirolok, einem Stadtteil von Tunceli wurde Yusuf Kus bei einer Durchsuchung von der Gendarmerie ermordet, weil er die Halt-Warnung nicht hörte.

- Bei einem Überfall der Faschisten im Dorf Pinarlar, Kreis Tunceli wurden drei Revolutionäre ermordet.

2. Mai

In Ankara wurde ein Haus von den Faschisten in die Luft gesprengt. Eine Person kam dabei ums Leben, zwei wurden schwer verletzt.

- Drei Journalisten der Tageszeitung „Demokrat“ wurden in Istanbul ohne Anlaß von den Kriegsverbrechern festgenommen.

- Nach dem 29. und 30. April und dem 1. Mai wurden auch am 2. Mai Protestaktionen, Streiks, Boykotts, illegale Demos und verschiedenste Aktionen zum 1. Mai weiter in der ganzen Türkei durchgeführt. 10.000 de von Ar-

beitern, Bauern, Angestellten, Schülern, Lehrern und Werkträgern demonstrierten trotz der Verbote und der stärksten Maßnahmen des herrschenden Kriegesrechtes. Darauf wurden erneut hunderte von Menschen festgenommen. In mehreren Stadtteilen von den Großstädten mußten die Kriegsverbrecher wegen des starken und massenhaft organisierten Widerstandes sich zurückziehen. In Antalya wurde ein 10-jähriges Kind bei einer bewaffneten Auseinandersetzung von der Polizei ermordet.

3. Mai

- In Kayseri schossen die Faschisten auf Cemal Gür, der sie nach der Adresse seiner Bekannten fragte, als er gerade aus dem Bus ausstieg war. Er kam aus Tunceli, um seine Bekannte in Kayseri zu besuchen.

- In Kartal (Istanbul) wurde ein Wachmann von unbekannt Personen ermordet.

4. Mai

- In Nazilli wurden zwei Revolutionäre in einem Garten tot aufgefunden.

- In Samsun wurde ein Kaffeehaus von unbekannt Personen überfallen. Dabei kamen Cengiz Kurt und Mehmet Bagir ums Leben.

- Die Faschisten überfielen in Konya die Häuser und die Geschäfte der fortschrittlichen Bevölkerung und schossen wahllos um sich. Dabei kam Turan Agir ums Leben., zwei wurden schwer verletzt, viele Häuser und Geschäfte zerstört.

5. Mai

- Mükkerrem Erdogan und seine Familie wurden von den Faschisten erschossen. Er war ein revolutionärer Rechtsanwalt und verteidigte im Jahr 1971 die drei zum Tode verurteilten Revolutionäre Deniz, Yusuf und Hüseyin. Die Faschisten erschossen ihn, seine Frau und sein Kind in ihrer Wohnung. Seine Frau, Volksschullehrerin Nihal Erdogan starb gleich, weil sie das Kind vor den Kugeln schützen wollte. Mükkerrem Erdogan wurde am Kopf verwundet. Er und sein Kind liegen schwer verletzt im Krankenhaus.

6. Mai

- In Kars wurde ein revolutionärer Arbeiter, Ümran Kaya durch einen bewaffneten Überfall ermordet. Er befand sich auf dem Weg nach Hause.

- In Eskisehir wurden zwei fortschrittliche Schüler von den Faschisten ermordet. Als sie sich vor dem Kaffeehaus „Mavi Köse“ befanden, wurden sie erschossen.

7. Mai

- In Istanbul, Anralya, Balıksir, Izmir und Konya wurden insgesamt 410 Schüler festgenommen, weil sie gegen die Ermordung der Genossen am 6. Mai 1972 protestierten.

8. Mai

Der Stadtvorsitzende der CHP in Kayseri Mustafa Kulkuloglu wurde von einem Faschisten vor seinem Haus erschossen. Er starb im Krankenhaus.

- In Trabzon wurde Mustafa Demiralp durch einen faschistischen Überfall in seinem Buchladen ermordet. Er studierte an der TU Istanbul.

- Während eines Forums im Kadiköy-Gymnasiums wurde auf die Schüler geschossen. Dabei kam die Schülerin Serap Simsek ums Leben. und zwei Schüler wurden schwer verletzt.

- In Antalya wurden die Faschisten vom Volk geprügelt, als sie Touristen anzugreifen versuchten.

- Das Haus eines fortschrittlichen Lehrers wurde in Karabük in die Luft gesprengt. Seine Frau und seine kleine Tochter wurden schwerverletzt.

- In Sakarya wurde ein revolutionärer Student ermordet. Die Faschisten erschossen ihn, als er sich auf dem Weg zur Universität befand.

10. Mai

- In Tabzon wurden zwei Lehrer von den Faschisten ermordet. Ihre Wohnung wurde in der Nacht um 3.00 Uhr von den Faschisten, die sich als Polizisten vorstellten und dadurch die Tür öffnen ließen, überfallen. Als die Lehrer die Tür öffneten, wurden sie erschossen.

Baki Erdik und Hüseyin Dost starben gleich, während der Dritte, Fevzi Kinalidere schwer verletzt wurde. Die Lehrer waren Mitglieder der TÖB-DER.

- In Malatya wurde ein Volksschullehrer von zwei Faschisten ermordet. Er befand sich auf dem Weg zur Schule, als die Faschisten ihn erschossen.

11. Mai

In Ankara wurde ein Beamter und sein 8-jähriger Sohn von den Faschisten erschossen, als sie von einem Besuch kamen und sich auf dem Weg nach Hause befanden. Der Beamte Müslim Baliktas wurde schwer verletzt, sein Sohn kam ums Leben.

- In Kayseri, Kars, Denizli und Corum wurden fünf Menschen bei den faschistischen Überfällen ermordet.

12.. Mai

Der in Ankara schwerverletzte Beamte M. Baliktas starb im Krankenhaus.

13. Mai

In Ankara, Konya, Kayseri und Istanbul kamen bei den Überfällen der Faschisten sechs Menschen ums Leben.

16. - 17. Mai

- In Istanbul wurden drei Revolutionäre in ihrer Wohnung von den Faschisten erschossen. Die Faschisten machten sich als Polizisten bekannt, ließen die Tür öffnen und eröffneten das Feuer auf die Revolutionäre. Murtaza Özkan, Saadetin Türker und Zeki Altinas kamen ums Leben und Kamil Özkan wurden schwer verletzt.

- In K.Maras, Artvin, Urfa, Samsun, Elazig, Antalya, Ordu, Diyakabir, Turhal, Tuzla, Istanbul, Konya, Bursa, Tonya, Siirt, Nevşehir kamen in drei Tagen 17 fortschrittliche Menschen bei den faschistischen Angriffen ums Leben.

19. Mai

- In Istanbul, Stadtteil Eyüp, wurde eine männliche Leiche gefunden, die zuvor von den Faschisten gefoltert worden war. Auf seiner Brust war TIT (Rachebrigade der Türken) eingraviert. Von den faschistischen Tätern fehlt offiziell jede Spur.

21. Mai

- Der Kommandant der Infanterieschule in Tuzla, General Sabri Demirdag, wurde morgens gegen 8.00 Uhr von zwei bewaffneten Leuten verletzt. Der Sekretär der Provinzorganisation der CHP in Ksak, Ethem Kaya fiel dem Angriff von zwei Faschisten zum Opfer.

22. Mai

- Wegen des Mordes am Rechtsanwalt Erozan, Mitglied der CHP, boykottierten die Rechtsanwälte die Verhandlungen. Sie fanden sich vor dem Gerichtsgebäude zu einer Schweigeminute ein.

- Bei den Vorfällen vom Vortage in Istanbul wurden fünf Leute umgebracht.

23. Mai

- Die Faschisten steckten in der Stadt Konya das Gebäude einer fortschrittlichen Zeitung in Brand.

- Der Kreisvorsitzende der CHP in Develi/Kayjezi verstarb an den Folgen eines faschistischen Überfalls.

- Die Überfälle an diesem Tage forderten insgesamt elf Tote und mehrere Verletzte.

24. Mai

- Jetzt greifen die Faschisten auch die Ärzte an. In Mecidiye Köyü wurde die 52-jährige Zahnärztin Sevinc Özgürin gegen 3.00 Uhr ermordet, als drei Leute unter dem Vorwand eine polizeiliche Durchsuchung zu machen, in die Wohnung stürmten. Ihr Mann wurde bei diesem Anschlag schwer verletzt. Schon zuvor war in die Wohnung eingebrochen worden. Die Untersuchungen verliefen jedoch ergebnislos.

- Die Zahl der Opfer des Überfalls auf ein Kaffeehaus in Ankara hat sich auf drei gesteigert.

- Das Gefängnis von Erzincan wurde von den Gefangenen in Brand gesetzt und brannte vollständig nieder. Im Gefängnis von Artvis sind eine größere Anzahl von Gefangenen in den Hungerstreik getreten, da die Unterdrückungsmaßnahmen gegen demokratische und fortschrittliche Gefangene ständig zunehmen.

- Zahl der Opfer: Zehn!

25. Mai

- An der technischen Universität in Trabzon starb ein Faschist, als eine Bombe installieren wollte. Das Opfer, Ekrem Camas, war 2. Vorsitzender des Jugendvereins der Idealisten (=Faschisten). Die Bombe hatte eine Stärke, um 50 Leute zu töten.

- Aus Protest traten 200 Gefangene im Gefängnis Buca in den Hungerstreik. Als ihnen daraufhin die Besucherlaubnis für zwei Wochen entzogen wurde, weiteten sie ihren Hungerstreik aus und erklärten ihn für unbefristet.

26. Mai

- Faschisten versuchen, Trabzon zu okkupieren

- Nach dem Tod ihres 2. Vorsitzenden durch die eigene Bombe hatten nun die Faschisten in Trabzon wilde Angriffe gestartet. Dabei starben zwei Studenten. Daraufhin wurden die Prüfungen an der PH verlegt. Die Situation ist äußerst kritisch.

FOLTERUNGEN

JEDER MENSCH, JEDE EINRICHTUNG UND INSTITUTION, DIE SICH DEMOKRATISCH NENNT UND BEHAUPTET, DIE MENSCHENRECHTE ZU SCHÜTZEN, KANN GEGENÜBER DEN BARBARISCHEN FOLTERUNGEN IN DIESEM LAND NICHT SCHWEIGEN!

"Unter dem Vorwand, "die Organisation auseinanderzunehmen" wurden sie wegen eines Aufsatzes, eines Flugblattes, eines Transparentes, wegen Spendensammelns oder einer unerlaubten Kundgebung hergebracht und zum Foltern in die Zellen geworfen. Wenn die gewünschten Informationen bei der Vernehmung nicht herauskamen, fing man an, sie zu foltern. Man macht dabei keinen Unterschied zwischen Mann und Frau, Kind und Greisen!"

So beginnen die Erinnerungen von Muzaffer ERDOST, dem Besitzer des bekannten LINKS-Verlages in der Türkei, an seine 1 1/2 monatige Gefangenschaft. Im folgenden einige Auszüge daraus:

Zuerst steckten sie mich in den Saal des 6. Stockes des Polizeipräsidiums zwischen mehr als 30 Jungen und Mädchen. In der Nacht, als Ruhe eingekehrt war, kam von der Seite ein Schrei, der den ganzen Saal erfüllte: "Oh, Mama!" Die Leute auf den Pritschen zuckten zusammen, manche drehten sich um, andere setzten sich auf und steckten eine Zigarette an. Und der gleiche Schrei war eine Zeitlang wiederholt zu hören. Zwischen den Schreien waren Gesprächssetzen zu hören. Das ging eine halbe Stunde. Das Geräusch verstummte. Ich weiß nicht, wieviel Zeit vergangen war, da schreckte uns die gleiche Stimme erneut von den Pritschen hoch: "Ich fresse Sch... aber ich weiß es nicht!" Das ging eine Weile so. Nach einer erneuten Pause wieder die gleiche Stimme: "Ich sterbe Mama, Mama, ich sterbe." Es war nur noch ein wimmern. Ich nenne es wimmern, denn die kräftigen und lebhaften Schreie vom Anfang waren zu einer Stimme geworden, die keine Kraft zum Schreien hatte und ausgelagert war. Es war, denke ich, 4 Uhr als die Stimmen vollständig verstummten.....

OPFER DER FOLTERUNGEN

Es ist klar zu erkennen, daß die Erfahrungen der 12. März-Periode eine neue Klassifizierung der Gefolterten bewirkt hat. Damit meine ich: demokratische, fortschrittliche und revolutionäre Gewerkschaften - Maßnahmen wie in Tarsis sind von dieser Verallgemeinerung ausgeschlossen - sind von der Folter ausgeschlossen. Demgegenüber schließt die Folter die Jugendlichen und insbesondere diejenigen ein, die verstreut sind und sich nicht in Berufsorganisationen (als Gewerkschaft) zusammengeschlossen haben und solche, die in Slumgebieten arbeiten...

Die Versuche, das anschwellende revolutionäre Potential unter den verstreuten Elementen der Gesellschaft zu brechen und zurückzuwerfen, bauen auf Foltermethoden auf. Man will die ökonomisch kraftlosen und verstreuten Gesellschaftsschichten und besonders die Slumbevölkerung als Masse mit Folterungen zermürben und sie von ihren politischen Überzeugungen abbringen.

Der Bericht von M. Erdost setzt fort mit den Schilderungen von Gefolterten. Aus der Anzahl von authentischen Äußerungen hier nur eine kleine Auswahl jeweils mit Chiffren anstelle der Namen:

1. Folteropfer: Z.R. geb. 1934

Es war am 14. November 1978. Im Polizeipräsidium angekommen verbanden sie meine Augen mit einem dicken Tuch. "Herr Kommandant, wir haben noch ein Opfer mitgebracht." hieß es. "Zieht den Nuttensohn aus, alles runter bis auf die Unterhose, Kerl." Sie banden mich an Armen, Beinen und an der Hüfte mit Gurten fest. An meinen kleinen rechten Zeh und den kleinen Finger der linken Hand schloßen sie Kabel an. Sie sagten 'volle Ladung' und begannen mit den Stromstößen. Das ging einige Stunden so. Sie fragten ständig: "Sag, was hast du gemacht?" Dann wechselten sie die Kontakte von den Füßen zum Glied und vom Finger zu den Zähnen. In der Form bekam ich ca. 3 Stunden lang Stromstöße. Sie lösten die Fesseln an den Füßen und legten mich auf die Bastonode. Zusammen mit dem Strom wurde ich auf die Füße geschlagen.

Erst am 6. Tag sagten sie mir, daß ich jemanden angefahren und Fahrerflucht begangen hätte. Da das Auto nicht zum Verkehr zugelassen ist, verlegten sie sich darauf, daß ich mich zur Planung von Bankräuben bekennen sollte. Am 7. Tag hieß es: "Komm, mein Sohn, gib's zu oder aber dies ist dein letzter Tag." Ich sagte, daß ich es nicht mit meiner Ehre vereinbaren könne, eine Sache zuzugeben, die ich

nicht gemacht habe. Sie brachten mich nach draußen und sagten: "Lassen wir ihn laufen, dann sagen wir, wir haben ihn auf der Flucht erschossen. Nimm die Beine in die Hand, schieß Zuhälter, los hier lang." Da die Waffe klemmte, warf sich schließlich einer von hinten auf mich drauf. "Wir bringen dich schon noch so weit," tauchte er. Dann verlor ich das Bewußtsein. Als ich wieder in der Zelle war und auf die Toilette geführt wurde, brannte alles. Ich pinkelte neben das Becken. Das brannte und dann kam Blut. Es hat bis zum Morgen geblutet.

Am nächsten Tag ging die Elektrik- und Bastonadenfolter weiter. Sie zeigten mir Fotos von 5-6 Leuten, die meine Freunde sein sollten. "Entweder du stirbst oder du gibst es zu. Jetzt hast du dir den Tod verdient, holt die Kabel!" Als ich mich nach einer erneuten Ohnmacht splitternackt auf einem Kommissarsstuhl wiederfand, hörte ich plötzlich neue Töne zu den Drohungen: "Mensch, schämst du dich gar nicht. Andere hätten uns schon 10 Dinge geliefert. Du kriegst doch höchstens 10 Jahre. Deinen Sohn hat man draußen auch umgebracht (er ist gerade zwanzig)." Dann wie ein Freund: "ZR, wir machen das nicht aus freien Stücken, das ist eine Sonderanordnung vom Ministerpräsidenten Ecevit und dem Innenminister Özalpınlı - Schau mal, du läßt dich jetzt schon 10 Tage völlig sinnlos quälen."

In dem Zimmer war ich wieder splitternackt. Sie schnürten mir ein Seil um die Hüfte und unter die Arme und ließen mich aus dem Fenster nach unten. Es war Nacht. Sie ließen mich einen Stock tief. "Wenn du bekennt, ruf okay." Ich zitterte vor Kälte. Mein Blutdruck fiel. Ich wurde ohnmächtig und erwachte mit einer Decke zugedeckt in der Zelle. Nach kurzer Zeit ging die Tür wieder auf. Sie brachten mich wieder ins Zimmer des Kommissars. "Wir haben für dich noch eine Woche vom Staatsanwalt kriegert. Wir werden dir das Fell schon über die Ohren ziehen. Mach's uns nicht so schwer. Du hast sowieso keine menschlichen Züge mehr. Ob du's nun zugibst oder nicht, die Sache ist sowieso erledigt." Bei diesen Worten legten sie mir eine vorbereitete Aussage vor und ließen mich unterschreiben.

(Die Berichte der Opfer werden wir in der nächsten Nummer fortsetzen.)

Folter auf der Anklagebank

Reaktionen in der Türkei

* Auf einer Pressekonferenz am 14.5.1980 von mehreren demokratischen Massenorganisationen wurden alle Staatsanwälte dazu aufgerufen, sich gegen die Folterungen zu stellen. Unter die Organisationen waren die Ärztekammer Ankara, der Verein der zeitgenössischen Juristen, Gewerkschaft der Assistenten, die Kammer der Architekten und Ingenieure. Gleichzeitig wurde dieser Aufruf von einigen Parlamentariern der Republikanischen Volkspartei (CHP) unterstützt. Der Presse wurden bei der Gelegenheit etliche Opfer von Folterungen vorgeführt.

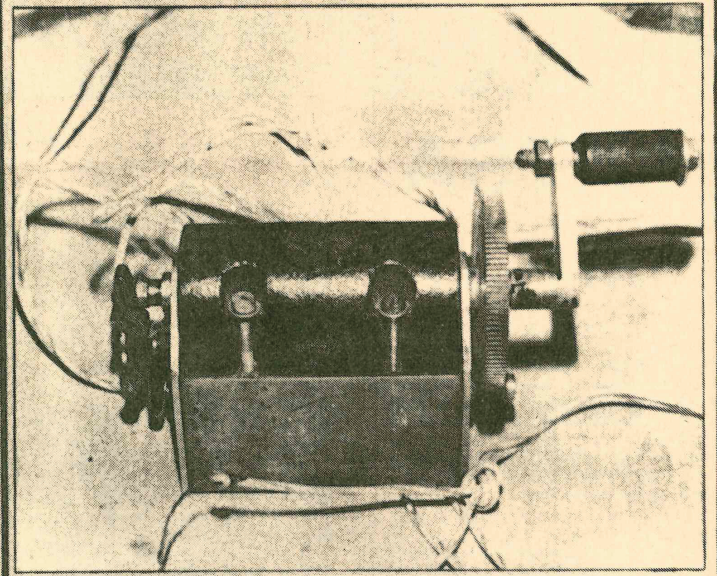
* Der Vorsitzende der Anwaltskammer in der Türkei, Atilla Sav, hat dem Staatspräsidenten, dem Ministerpräsidenten und dem Generalstabschef einen Bericht über die Folterungen geschickt. In dem Bericht heißt es, daß die Folterungen in den Gefängnissen und Polizeipräsidien und -stationen dazu geeignet seien, die leibliche und seelische Gesundheit der Menschen zu zerstören und deshalb umgehend eingestellt werden müßten (Pressemitteilung vom 8.5.1980)

* Auf einem gemeinsamen Medizin- und Juristen Kongreß der Anwalts- und Ärztekammer der Türkei am 25.5.1980 wurde ausgesagt, daß die Folterungen der Verschwiegenheit der Folterer entrissen werden müssen.

* Eine Delegation der internationalen Menschenrechtskommission besucht die Türkei mit dem Ziel, die Folterungen an Gefangenen zu untersuchen. (Meldung türkischer Tageszeitungen am 30.5.1980)

Was ist das, Herr Ministerpräsident Demirel?

SAYIN DEMİREL BU NEDİR?



Was ist das Herr Ministerpräsident Demirel?

In jeder Ihrer Erklärungen betonen Sie immer wieder, daß in der Türkei "Frei-Parlamentarisches System" herrsche und Sie sagen, Demokratie sei ein freies Regime. Nun fragen wir Sie und erwarten Ihre Erklärung

Was ist das für ein Gerät auf dem Foto?

Was ist das Herr Ministerpräsident Demirel?

Wenn die Regierung noch zu der Unterschrift steht, die die Türkei unter "die allgemeine Erklärung der Menschenrechte" der vereinten Nationen gesetzt hat und wenn dies noch Ehre und Stolz für das Land bedeutet, sollten Sie unsere Frage beantworten. Aus dem Grund wiederholen wir unsere gestrige Frage:

Was ist das für ein Gerät?

Was ist das Herr Ministerpräsident Demirel?

Wir fragen zum letzten Mal und erwarten Ihre Antwort. Wenn Sie nicht antworten werden wir es die Weltöffentlichkeit erklären. Passen Sie auf, wir geben Ihnen einen Anhaltspunkt. Das Gerät ist in den Werken der staatlichen Maschinen und Chemie-Industrie (M.K.E.) hergestellt worden. Fragen und forschen Sie nach! Die Zuständigen werden Ihnen sicherlich sagen können, was dieses Gerät ist. Wir hoffen, daß Sie als Premierminister der Regierung der türkischen Republik die Zivilcourage haben und unsere Frage beantworten.

HERR DEMİREL, DAS IST EIN FOLTERGERÄT

Folter ist ein Verbrechen gegen die Menschheit

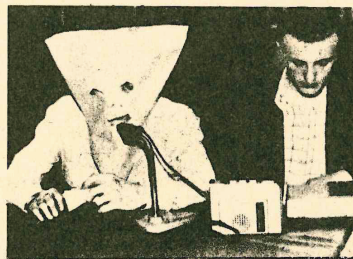
Sie haben unsere Fragen wie erwartet nicht beantwortet. Denn Sie hätten als Premierminister der Regierung der türkischen Republik es vor der Weltöffentlichkeit nicht zugeben können "Das ist ein Foltergerät, es wurde in der Türkei hergestellt, es erzeugt Strom und wird bei Vernehmungen angewendet." Sie hätten aber, auf Würde und Stolz der Türkei bedacht, die Courage haben können, sich im Namen der Menschheit bei den Völkern der Türkei und der Weltöffentlichkeit wegen dem in der Türkei hergestellten und angewendeten Foltergerät zu entschuldigen. Sie hätten veranlassen können, daß diejenigen die das Gerät herstellen, es herstellen lassen und anwenden strafrechtlich verfolgt werden.

Eines sollte nicht vergessen werden, daß in der Weltgeschichte noch nie eine Person, eine Minderheit oder eine Klasse ihre Herrschaft verewigen konnte. Die Geschichte ist voll von Beispielen, wo die Folterer und die dafür Verantwortlichen von der Menschheit verdammt wurden.

Anmerkung: Diese Fragen stellte die Zeitung "DEMOKRAT" drei Tage lang an Demirel. Wir dokumentieren das Foto und die Fragen und geben sie an die westdeutsche Öffentlichkeit weiter. (türkei-info)



İşkenceyle öldürülen Yaşar Gündoğdu'nun vücudunun dikkati çekti. Fotoğrafta Yaşar Gündoğdu'nun cesedi izlenmektedir.



Istanbul Barosunun düzenlediği basın toplantısında Yaşar Gündoğdu'nun vatanı için bir bilet bilmilinin...

Der Betriebsrat bei den staatlichen Elektrowerken Yaşar Gündoğdu, wurde bei der Polizei zu Tode gefoltert. Er hätte heute(21.5.80) Hochzeit gehabt.

Auf der Pressekonferenz der Istanbul Anwaltskammer erklärte eine Person die aus dem Gefängnis Davutpasa entlassen worden war, aber keine Namen angeben wollte, wie die Bedingungen im Gefängnis aussehen.

Ein sozialistischer Hoffnungsschimmer im reaktionären Grau der Türkei

FATSA

Während unter der derzeitigen Minderheitsregierung der Gerechtigkeitspartei (AP) die demokratischen Kräfte in weiten Teilen der Türkei einem unerträglichen Druck durch Ausnahmezustand mit willkürlichen Festnahmen, Folterungen und faschistischem Straßenterror ausgesetzt sind, gibt es auch einige Flecken in der Türkei, wo das Volk noch freie Luft atmen kann. Ein einmaliges Beispiel dafür ist FATSA, eine Kleinstadt am Schwarzen Meer.

Fatsa hat ca. 20.000 Einwohner, die ähnlich wie die umliegenden Dörfer und Nachbarstädte vom Haselnußanbau und zu einem geringeren Teil vom Fischfang leben. Schon in den 60er Jahren kam es hier zu Besetzungen der Genossenschaft und Protestmärschen gegen Ausbeutung und Verarmung der Landbevölkerung, die ihre Produkte zu Spottpreisen an die Händler verkaufen mußte. In der Zeit der Militärherrschaft von 1971 bis 1973 wurden auch in Fatsa viele Fortschrittliche festgenommen und 3 Bewohner kamen bei einer Militäraktion gegen Kizildere, ein Dorf im Osten, in dem Geiseln festgehalten wurden, ums Leben.

Die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte schlossen sich enger zusammen, als ab 1974 die Faschisten versuchten, Organisationen in der Stadt aufzubauen. Der entschlossene Kampf gegen die faschistischen Überfälle war stets gepaart mit dem Einsatz für die alltäglichen Nöte der Bevölkerung. Die Linken in Fatsa begingen nicht den Fehler, in endlosen Diskussionen revolutionäre Theorien zu entwickeln, sondern erarbeiteten sich die Theorie an einer durchdachten Praxis.

Nur hiermit läßt sich erklären, daß es ihnen aller Stimmungsmache zum Trotz gelang, bei den Wahlen zum Bürgermeisteramt am 14. Oktober 1979 für ihren Kandidaten Fikri Sönmez (von Beruf Schneider) 70 (siebzig) Prozent der Stimmen zu erringen. Schon zuvor waren von ihnen Stadtteilkomitees gebildet worden, die bei der dezentralen Organisierung wichtige Arbeit leisteten. Inzwischen sind sie das Kernstück der regionalen Verwaltung, wo Konflikte jeder Art gelöst werden und anfänglich auch Schulungsarbeit betrieben wurde. Der neue Wind in der Stadtverwaltung, die in einem barackenähnlichen Gebäude untergebracht ist, bedingte, daß sehr schnell das Volk mit allen Sorgen zum Bürgermeister rannte. Inzwischen haben die Bewohner von Fatsa aber gelernt, daß viele Dinge auch an anderer Stelle gelöst werden können; mehr noch, sie sind auf dem Wege einzusehen, daß sie in allen wichtigen Dingen auf ihre eigene Kraft vertrauen müssen.



So hat die Bevölkerung in 6 Tagen Straßen durch Sumpfgebiete angelegt. Für diese Arbeit hatten die Experten 4 - 5 Jahre angesetzt. Dieses Vertrauen in die eigene Kraft ist es auch, das bislang ein Eingreifen von außen verhindert hat. Die Kultusbürokratie hat zwar den Direktor für das Grundschulwesen seines Amtes ent-

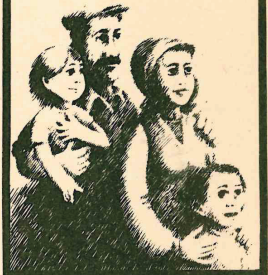
hoben, aber in Fatsa ist man entschlossen, niemanden sonst zu akzeptieren. Eine Schar von Verwaltungsleuten aus Ankara, die die Geschäftsstelle der Fischereigenossenschaft übernehmen sollte, kehrte nach einigen Tagen unverrichteter Dinge wieder zurück.

Dennoch nimmt der Druck auf Fatsa ständig zu. Es ist den Herrschenden besonders deswegen ein Dorn im Auge, weil das Beispiel Fatsa für alle umliegenden Dörfer und auch die Nachbarstädte zum Vorbild geworden ist, ja inzwischen sogar zu einem Fanal für die sozialistische Zukunft der Türkei geworden ist. Fatsa lebt und darf nicht isoliert werden. Ein Zeichen für die praktische Solidarität war das Volksfest vom 8. bis 14. April 1980, an dem schon in den ersten Tagen über 70.000 Menschen teilnahmen, wobei sich die Gäste wunderten, wie Frauen mit Kindern im Arm an den Diskussionen teilnahmen.

Fatsa braucht unsere Hilfe. Im Oktober dieses Jahres wird eine Delegation die Bundesrepublik besuchen. Bis dahin wird es unsere Aufgabe sein, hier eine Öffentlichkeit sowohl unter den deutschen Demokraten als auch unter den türkischen Arbeitsemigranten herzustellen. Lernen wir von den Fatsanern, wie revolutionäre Arbeit unter imperialistischer Bevormundung und faschistischer Bedrohung aussehen kann. Schaffen wir viele kleine und große Fatsas überall dort, wo wir gerade sind.



8-14 NISAN
FATSA
HALK ŞENLİĞİ
'80



Fatsa
Belediyesi

Plakat
zum Volksfest
in Fatsa, das zwischen
8-14. April stattgefunden hat

Gespräch mit Fikri Sönmez (Bürgermeister von Fatsa) am 21.5.1980

T.-Info:

Du bist nun seit fast 7 Monaten Bürgermeister. Was sind deiner Meinung nach die wichtigsten Veränderungen?

Fikri S.:

Wir haben unsere Wahlkampagne in der Weise begangen, daß wir der Bevölkerung keine großen Versprechungen machten und auch keine übertriebenen Hoffnungen geweckt haben. Den noch haben alle Fatsaner sehr schnell gemerkt, daß es bei uns einen großen Unterschied zu früher gibt. Bei uns steht die Tür besonders den einfachen Menschen offen. Sie brauchen sich nicht mehr durch mehrere Vorzimmer zu dem Herren vorzukämpfen, den sie gerade sprechen wollen. Diese Frau zum Beispiel (verschleierte Analphabetin, mit einem Antrag auf Baugenehmigung, den sie sich hat schreiben lassen) hätte sich noch vor einem halben Jahr nicht in dieses Zimmer gewagt.

Außer uns sind noch der Gewerkschaftsvertreter und der Direktor für das Grundschulwesen (amtsenthaben) im Raum des Bürgermeisters. Jeder Anwesende äußert seine Ansichten zu den auftretenden Problemen; eine Form der kollektiven Konfliktlösung. (T.-Info)

T.-Info:

Die Wahlen letztes Jahr bertafen nur das Amt des Bürgermeisters. Gab es keine Schwierigkeiten mit den Angestellten, die sich daran gewöhnt hatten, das Volk zu bevormunden?

Fikri S.:

Natürlich war es für viele von ihnen eine große Umstellung, aber in der Zwischenzeit haben sich alle auf die neuen Verkehrsformen eingestellt, bzw. sind an Stellen, wo der Kontakt mit den Bürgern nicht so entscheidend ist.

T.-Info:

Welche Form der Solidarität von außen kannst du dir vorstellen?

Fikri S.:

Es gibt etliche Fatsaner, die im Ausland und speziell in der Bundesrepublik arbeiten. Über sie haben wir erste Kontakte geknüpft. Wir arbeiten zur Zeit an einer Broschüre, mit der wir Fatsa vorstellen wollen. Sie soll aber nicht nur für unsere Landsleute sein, sondern alle fortschrittlichen türkische und deutsche Kräfte ansprechen. Wir werden im Oktober dieses Jahres eine Delegation in die BRD entsenden, so daß wir dann die Kommunikation noch verstärken können.

T.-Info:

Welche Schwierigkeiten gab es?

Fikri S.:

Von Anfang an wurde versucht, unsere Arbeit in jeglicher Form zu behindern. Wir bekamen keine Steuermittel aus dem Landesetat, eine Zeitlang hat man sogar versucht, die Produkte der staatlichen Monopolgesellschaft (Zigaretten Getränke) nicht zu liefern. Bislang kam es zwar noch nicht zu einer direkten militärischen Provokation, aber damit können wir täglich rechnen. Die politischen Kräfteverhältnisse erlauben nicht die Existenz von - wenn auch nur regional begrenzt - systemverändernd orientierten Verwaltungen. So versucht man unsere Arbeit dadurch zu behindern, daß man in staatlichen Einrichtungen (Schule, Genossenschaften) Umbesetzungen vornimmt. Obwohl wir einige Schwächen bei der Interessensvertretung vor der bürgerlichen Justiz haben (keine cleveren Juristen) konnten bislang all diese Angriffe durch die Solidarität der Bevölkerung abgewehrt werden.

T.-Info:

Wie erklärst du den Erfolg, den ihr bei den Wahlen gehabt habt?

Fikri S.:

Viele Stimmen behaupten, wir hätten eine latente vorhandene 'linke' Grundhaltung der Bevölkerung geschickt ausgenutzt. Das ist nicht richtig. Wir haben uns die Anerkennung durch die einfachen Bürger in harter Kleinarbeit mühsam erringen müssen. Unter dem Einfluß der antikommunistischen Hetze gab es z.B. noch vor 3 Jahren kaum 50 Leute in der Stadt, die es wagten, mich zu grüßen. In einem Nachbarort wurden die Genossen sogar mit einem Steinhagel empfangen. Inzwischen hat aber auch die Landbevölkerung eingesehen, daß sie sich nicht auf die herrschenden Mächte verlassen können und organisieren die Bewachung ihrer Siedlungen selber. Selbst wenn also Fatsa hier als großes Ereignis mit dem überschwenglichen Wahlsieg herausragt, so muß man doch den ganzen Kreis als insgesamt sehr weit politisiert und alternativ organisiert bezeichnen. Diese Solidarität ist unsere Stärke, die von jedem in dieser Gegend bei dem Verkauf seiner Produkte erfahren werden kann. (Die Haselnüsse werden inzwischen nur gegen einen angemessenen Preis an die Genossenschaft verkauft; T.-Info.)

T.-Info:

Falls ihr dabei unsere Hilfe gebrauchen könnt, so wollen wir das gern tun. Jetzt erst einmal vielen Dank für das Gespräch und viel Erfolg bei der Arbeit der nächsten Wochen und Monate.